



Benjamin J. Baur

**Die Energieinteressen der EU im
Südkaucasus und die Rolle der
Europäischen Nachbarschaftspolitik**

TAIF Nr. 10/2015

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät
Institut für Politikwissenschaft



Universität Tübingen

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät

Institut für Politikwissenschaft

Arbeitsbereich Vergleichende Politikwissenschaft und Europäische Integration

Prof. Dr. Gabriele Abels

Jean-Monnet-Professorin

Melanchthonstraße 36 · 72074 Tübingen

Telefon +49 7071 29-78369, Telefax +49 7071 29-2417

E-Mail: ifp.taif@uni-tuebingen.de

Homepage: www.politikwissenschaft.uni-tuebingen.de/taif.html

Copyright: Prof. Dr. Gabriele Abels

Tübingen 2015

Herausgeber: Gabriele Abels, Martin Große Hüttmann

Redaktion: Jennifer Träsch

Hinweis zu den Nutzungsbedingungen:

Nur für nichtkommerzielle Zwecke im Bereich der wissenschaftlichen Forschung und Lehre und ausschließlich in der von der TAI-F-Redaktion veröffentlichten Fassung – vollständig und unverändert! – darf dieses Dokument von Dritten weitergegeben sowie öffentlich zugänglich gemacht werden.

Zusammenfassung

Im Jahr 2004 implementierte die EU die *Europäische Nachbarschaftspolitik* als ihr neuestes *Policy-Instrument*, um eine kohärente und nachhaltige Politik mit den Ländern ihrer direkten Nachbarschaft gestalten zu können. Von Anbeginn waren die Länder des Südkaukasus, Aserbaidschan, Armenien und Georgien Teil der *Europäischen Nachbarschaftspolitik*, obwohl sie bei der konzeptionellen Ausarbeitung der *Europäischen Nachbarschaftspolitik* wegen ihrer geographischen Entfernung nicht als Partnerländer vorgesehen waren. Diese Studie befasst sich mit der Frage, warum es innerhalb eines Jahres zu diesem Umdenken innerhalb der EU kam. Es wird untersucht, welche Rolle geostrategische Interessen dabei spielten, und inwieweit das Vorgehen der EU durch einen modifizierten neorealistischen Ansatz erklärt werden kann. Dieser Erklärungsansatz soll helfen, momentane und auch zukünftige Entwicklungen in der Nachbarschaftspolitik der EU besser verstehen und kritisch hinterfragen zu können.

Abstract

In the year 2004 the EU implemented the *European Neighbourhood Policy* as the latest *policy instrument* in order to create a sustainable and coherent policy with the countries in its next-door neighbourhood. From the very beginning the countries of the southern Caucasus, Azerbaijan, Armenia and Georgia were part of the *European Neighbourhood Policy*, although these countries were not designated to be part of the *European Neighbourhood Policy* because of their geographical distance when the *European Neighbourhood Policy* was designed. This paper delves into the question of why the EU changed its position within only one year. This paper will identify the geostrategic interests that played a key role as well as analyze to what extent the EU's course of action can be explained with a modified neorealistic approach. This approach shall help to scrutinize and better understand the current and future developments in the neighbourhood policy of the EU.

Über den Autor

Benjamin J. Baur hat im Jahr 2011 den Magisterstudiengang „Friedens- und Konfliktforschung“ an der Universität Tübingen erfolgreich abgeschlossen. Als Nebenfächer studierte er Öffentliches Recht und Religionswissenschaften. Danach begann er seine Promotion mit dem Titel „Der Einfluss der Energieaußenpolitik der EU auf ihre Außen-, Nachbarschafts- und Sicherheitspolitik“ in Tübingen. Zurzeit arbeitet er für die Landesregierung Baden-Württembergs.

About the author

Benjamin J. Baur successfully graduated from the University of Tübingen with a Master in “Friedens- und Konfliktforschung” in 2011. As minor subjects he has studied public law and religious science. After graduating he began to work on his dissertation titled „Der Einfluss der Energieaußenpolitik der EU auf ihre Außen-, Nachbarschafts- und Sicherheitspolitik“ in Tübingen. He currently works for the federal state government of Baden-Württemberg.

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	2
1. Einleitung	3
2. Die intervenierenden Variablen des modifizierten Neorealismus und deren Auswirkungen auf das Verhalten internationaler Akteure	4
2.1 Machtressourcen der EU im internationalen System	6
2.2 „Poleigenschaften“ der EU im internationalen System	7
3. Die geostrategische Rolle des Südkaukasus für den EU-Energiesektor	8
3.1 Energieinteressen der EU im Südkaukasus	8
3.2 Gasressourcen der Region	13
3.3 Erölrressourcen der Region	14
3.4 Transitrouten	15
3.5 Offizielle Dokumente und Stellungnahmen der EU	19
4. Autonomiegewinne der EU in der Region	23
5. Beurteilung der ENP und Ausblick	26
6. Literaturverzeichnis	32

Abkürzungsverzeichnis

AL	Albanien
AZ	Aserbaidschan
BGR	Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe
BP	British Petroleum
BTC-Pipeline	Baku-Tiflis-Ceyhan Pipeline
BRL	Barrel
CIA	Central Intelligence Agency
EIA	Energy Information Administration
ENP	Europäische Nachbarschaftspolitik
ENPI	European Neighbourhood Policy Instrument
ESS	European Security Strategy
FDI	Foreign Direct Investment
FTA	Free Trade Agreement
GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
GNP	Gross National Product
GE	Georgien
GR	Griechenland
GSVP	Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik
INOGATE	Interstate Oil and Gas Transportation to Europe
IT	Italien
ITG	Interconnector Turkey-Greece
ITGI	Interconnector Greece-Italy
LNG	Liquid Natural Gas
MENA	Middle East & North Africa
MoU	Memorandum of Understanding
OECD	Organisation for Economic Cooperation and Development
PPP	Purchasing Power Parity
PKA	Partnerschafts- und Kooperationsabkommen
RO	Rumänien
SLBM	Submarine Launched Ballistic Missile
TAP	Trans-Adriatic-Pipeline
TR	Türkei
TRACECA	Transport Corridor Europe-Caucasus-Asia
UA	Ukraine
WTO	World Trade Organization

1. Einleitung

Als im Jahre 2003 die „European Security Strategy“ durch den Europäischen Rat ratifiziert wurde, gab es mehrere parallele Instrumente der europäischen Nachbarschaftspolitik. Eines der drei Kernelemente der ESS ist, dass die Sicherheit in der EU gestärkt werden soll, indem durch einen „ring of well – governed countries to the East of the European Union and on the borders of the Mediterranean“ (European Security Strategy 2003: 9) mit den nächsten geographischen Nachbarn enge und kooperative Beziehungen geführt werden können. Dies zu erreichen ist unter anderem eines der Ziele der neu kreierten „Europäischen Nachbarschaftspolitik“. Mit der im Jahr 2004 bevorstehenden Erweiterung der Europäischen Union erkannte man, dass die bisherigen verschiedenen Instrumente (Partnerschafts- und Kooperationsabkommen, Euro–Mediterrane Partnerschaft) der Nachbarschaftspolitik in ihren Funktionsweisen nicht ausreichend sein würden, um mit Ländern wie Moldawien, der Ukraine oder Weißrussland, die sich dann in unmittelbarer Nachbarschaft befinden würden, eine kohärente Nachbarschaftspolitik zu betreiben, die der Maxime der ESS gerecht werden könnte. So lancierte Großbritannien bereits im Jahre 2002 die Initiative des „Wider Europe“¹, die der Europäischen Kommission im August 2002 vorgestellt wurde. Auf dieser Initiative basierend, präsentierte die Europäische Kommission im März 2003 dem Europäischen Rat und dem Europäischen Parlament ein Communiqué mit dem Titel: „Europe – Neighbourhood: A New framework for Relations with our Eastern and Southern Neighbours“ (Europäische Kommission 2003). In diesem Konzept, das relativ schnell ausgebaut und auch implementiert werden sollte, waren die drei südkaukasischen Länder Armenien, Aserbaidschan und Georgien explizit nicht als Partner der „Europäischen Nachbarschaftspolitik“ (im Folgenden ENP) vorgesehen. Vielmehr wurden sie in einer Fußnote wegen der geographischen Entfernung als nicht im Fokus des neuen Nachbarschaftsinstruments stehend betrachtet (Europäische Kommission 2003: 4). Doch überraschenderweise wurde in einem Strategiepapier der Europäischen Kommission zur ENP im Mai 2004 unter dem Abschnitt der aufgenommenen Länder die drei Südkaukasusländer genannt (Europäische Kommission 2004a: 10).

Warum fand dieses Umdenken innerhalb der Europäischen Union bezüglich der Mitgliedschaft der Südkaukasusländer statt? Dieser Sinneswandel soll in diesem Artikel beleuchtet und erklärt werden.

Dabei soll ausschließlich die Rolle der Südkaukasusländer für die Energieversorgungssicherheit der EU als direkte Energielieferanten, beziehungsweise die geographische Rolle des Südkaukasus als Energiekorridor untersucht werden. Dieser thematischer Schwerpunkt ergibt sich aus den geographischen wie geologischen Gegebenheiten der Region: In Zeiten knapper werdender Rohstoffe und wachsender Konkurrenz beim Zugang zu fossilen Energieträgern, versuchen internationale Akteure sprichwörtlich ihre „Claims“ in energiereichen Gebieten der Erde abzustecken und zu erweitern. Der Südkaukasus mit seinen beträchtlichen fossilen Energiereserven ist eine solche Region. Man kann deshalb zu dem Schluss kommen, dass die Europäische Union vermehrten Einfluss auf diese Region ausüben will,

¹ Hier sind vor allem das Kommissionsmitglied Chris Patten und der Hohe Vertreter Javier Solana zu nennen, die diese Initiative maßgeblich beeinflussten. Deren ursprüngliche Initiative richtete sich an die zukünftigen Beziehungen zur Ukraine, Weißrussland und Moldawien.

um den Zugang zu Energiereserven zu sichern und außerdem eine Diversifizierung von Energieimporten zu erreichen, indem sichere Transitrouten durch das Umgehen Russlands geschaffen werden.

Die Aufnahme der Südkaukasusländer in die ENP wird in dieser Arbeit mit dem theoretischen Ansatz des modifizierten Neorealismus von Baumann, Rittberger und Wagner beleuchtet. Die ungefährdete und diversifizierte Energieversorgung der EU kann als wirtschafts-, sicherheits- und wohlfahrtsrelevant betrachtet werden. Diese Subsumierung in einen sicherheits- und wohlfahrtsgebundenen Kontext lässt (neo-)realistische Denkschulen als Theorieansätze sinnvoll erscheinen (Siedschlag 1997: 74).

Diese Subsumierung in einen sicherheits- und wohlfahrtsgebundenen Kontext widerspricht, wie man dem Stand der Forschungsliteratur entnehmen kann, teilweise einem wissenschaftlichen Verständnis der Außenpolitik der Europäischen Union, vor allem dem Gedanken einer überwiegend normativ geprägten Außenpolitik. Exemplarisch soll hier für die konstruktivistischen Ansätze das Werk „Normative Power Europe: a contradiction in terms“ von Ian Manners genannt werden, das von José Manuel Barroso folgendermaßen umschrieben wurde: *„in terms of normative power, I broadly agree: we are one of the most important, if not the most important, normative power in the world“* (Danish Institute for International Studies: o.S.). Dieser normative Grundcharakter findet sich auch dominant und exakt ausformuliert in den Verträgen der EU wieder. So werden unter anderem in der Umschreibung der GASP und den Prinzipien des auswärtigen Handelns der EU in den Verträgen der EU von *„to safeguard its values“* und *„consolidate and support democracy, the rule of law, human rights and the principles of international law“* gesprochen.

Jedoch ergibt sich aus der Subsumierung der EU-Interessen in der Region ein Bild, welches vermuten lässt, dass die Europäische Union durch die Aufnahme der Länder Armenien, Aserbaidschan und Georgien in die ENP versucht, Einfluss- und Machtpolitik in der Region auszuüben.

2. Die intervenierenden Variablen des modifizierten Neorealismus und deren Auswirkungen auf das Verhalten internationaler Akteure

Der modifizierte Neorealismus sieht in der Machtposition eines Akteurs die grundlegende unabhängige Variable (Baumann et al. 1998:16). Diese Machtposition wird durch drei Faktoren definiert. Zwei dieser Strukturmerkmale sind konstant, nämlich die Anarchie im System und die Tatsache, dass Staaten die relevanten Einheiten des Systems darstellen. Weniger starr, und somit für die Erklärung von außenpolitischem Handeln von Akteuren besonders relevant, ist die relative Machtposition im internationalen System. Dabei wird die relative Machtposition von zwei entscheidenden Parametern beeinflusst: Zum einen von der Polarität des Systems, zum anderen von den eigenen Machtressourcen (Baumann et al. 1998: 7). Bei der Polarität des Systems ist für Akteure der Handlungsspielraum, um ihre Machtressourcen effektiv einsetzen zu können, größer, wenn keine Bipolarität vorherrscht (Baumann et al. 1998: 8). Es wird vorausgesetzt, dass ein Akteur, den man als „Pol“ definieren kann, ein erweitertes Spektrum an Möglichkeiten besitzt, verstärkt eigene „Machtpolitik“ zu formulieren

und zu implementieren. Die Machtressourcen eines Akteurs werden durch seine politischen, militärischen sowie ökonomischen Mittel und Fähigkeiten, die er zur Durchsetzung eigener Interessen gegenüber anderen Akteuren besitzt, definiert (Baumann et al. 1998: 7).

Neben Brooks, der Waltz's formulierte Prioritätensetzung von Autonomie gegenüber Einflusspolitik anfocht (Baumann et al. 1998: 14), waren bereits auch in den späten 1980-er Jahren und vor allem in den 1990-er Jahren Stimmen unter Politikwissenschaftlern zu vernehmen, die das relativ starre Konstrukt des Neorealismus in Frage stellten. Dabei ging es vor allem um die Variable „Sicherheitsbedrohung“, und ob sie tatsächlich so unflexibel in ihrer Interpretation sei, wie von Waltz behauptet. Diese Kritik vereinigte alle postklassisch-neorealistischen Ansätze. So wurden mehrere Faktoren identifiziert, die nach Ansicht der Autoren – darunter auch die Baumann/Rittberger/Wagner – sehr wohl die Sicherheitsbedrohung eines Akteurs im internationalen System beeinflussen können. Dabei lassen sich drei Hauptindikatoren als intervenierende Variablen identifizieren, welche auf die „Sicherheitsbedrohung“ modifizierend wirken und die Wahrscheinlichkeit, physische Gewalt einzusetzen, beeinflussen: Technologische, geographische und ökonomische Faktoren.

Charles Glaser reduzierte technologische Faktoren auf militärische Technologien – anders als zum Beispiel Barry Buzan, der auch Transport- und Kommunikationstechnologien subsumierte (Buzan 1993: 69ff). Militärische Technologien würden nach Glasers Meinung insofern modifizierend auf die Sicherheitsbedrohung wirken, als sie verschärfend auf die Sicherheitslage einwirken. Dies geschieht durch die Tatsache, dass ein Akteur Probleme in der Differenzierung hat, ob Waffensysteme militärisch offensiver oder defensiver Natur sind beziehungsweise mit der Interpretation des gesamten Militärpotentials eines anderen Akteurs (Glaser 1995: 62).

Darüber hinaus behauptete Stephen Walt 1987, dass die Sicherheitsbedrohung auch durch die geographische Nähe beeinflusst wird (Walt 1987). Baumann/Rittberger/Wagner formulierten daraus ein Bedrohungsszenario, das nicht zwangsläufig hoch sein muss, wenn ein Akteur mit einem mächtigen oder mächtigeren Akteur schon lange kooperative Politik betreibt und als Verbündeter angesehen werden kann (Baumann et al. 1998: 15). Dieses Szenario erlaubt es, anders als im traditionellen Neorealismus vorgesehen, auf Autonomie- und Abwehrpolitik zu verzichten oder zumindest in einem geringeren Ausmaß auszuüben. Baumann/Rittberger/Wagner folgerten daraus, dass einem Staat in diesem Szenario mehr Raum für einflusspolitische Formen von Machtpolitik bleibt (Baumann et al. 1998: 15). Weiterhin wird mit zunehmender geographischer Entfernung das Bedrohungspotential von anderen „Polen“, beziehungsweise mächtigen Staaten, abgemildert, so dass mehr Raum für Einflusspolitik eingeräumt wird (Baumann et al. 1998: 15).

Als letzte intervenierende Variable sind ökonomische Faktoren zu nennen. Robert Gilpin argumentiert (1981: 132f), dass eine territoriale Expansion für moderne Industrienationen mit extrem hohen Kosten verbunden ist. Deswegen ist die Hemmschwelle, tatsächlich militärisch zu agieren, recht hoch, und alternativ versuchen diese Staaten, politischen Einfluss über das Weltwirtschaftssystem zu erreichen. Baumann/Rittberger/Wagner formulierten diesen Ansatz weiter und behaupten, dass ein Staat weniger stark von militärischen Konflikten bedroht ist, wenn seine Nachbarstaaten moderne Industrienationen sind, als wenn sich die Nachbarsta-

ten von einer territorialen Expansion Gewinne versprechen können (Baumann et al. 1998: 15).²

Zusammenfassend kann man sagen, dass Akteure im internationalen System nach Sicherheit streben und diese mit dem Maß an Einfluss und Autonomie korreliert. Dabei wird die Handlungsdisposition eines Akteurs primär durch die Anarchie im internationalen System bedingt, wobei die Handlungsdisposition wiederum durch die genannten intervenierenden Variablen „modifiziert“ wird. Für die folgende Arbeit bedeutet dies, dass zunächst untersucht werden muss, in wie weit die EU als internationaler Akteur durch die genannten intervenierenden Variablen in ihren außenpolitischen Möglichkeiten und Verhalten beeinflusst wird.

2.1 Machtressourcen der EU im internationalen System

Bei der Untersuchung der Machtressourcen der EU geht es um die Frage, in wie weit die EU im Stande ist, Einflusspolitik zu betreiben. Je größer die Machtressourcen eines Akteurs sind, desto eher besteht die Möglichkeit, Einflusspolitik zu betreiben. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass das Streben nach Autonomie ansteigt, wenn das Bedrohungspotential eines anderen Staates oder einer Allianz von Staaten konkret erscheint, welche über mehr Machtressourcen als man selbst verfügt (Baumann et al. 1998: 14). Bei der Untersuchung muss zunächst anhand der Tabelle Nummer 1 beurteilt werden, ob die EU im Vergleich zu den führenden Machtzentren USA und China und dem unmittelbaren Akteur Russland, der im Südkaukasus eine exponierte Stellung einnimmt, über genügend eigene Machtressourcen verfügt, um eigene Interessen, auch gegen die Interessen anderer, zu artikulieren und durchzusetzen. Dabei sollen die Größe der Bevölkerung, das GNP, aktive Armeezugehörige und das nukleare Zweitschlagpotential als Indikatoren herangezogen werden.

Tabelle 1: Ressourcen der EU-15 (EU-15 zum Zeitpunkt der ENP-Implementierung)

	USA	China	EU	Russland
Bevölkerung	293,027	1,298,847	456,285	143,782
GNP in Billionen \$ (bei PPP)	10,99	6,449	11,05	1,282
Aktive Armeezugehörige	1,443,600	2,255,000	ca.1,500,000**	1,212,700
Nukleare Zweitschlagfähigkeit	1152	48	365*	576

* Bestehend aus Frankreichs und Englands Nuklearwaffen

** Ungefähre Addition von den 15 EU Mitgliedern 2003, aus

Quellen: CIA World Factbook 2004. Vorhersage für 2004; Military Balance 2004/2005; SIPRI Yearbook 2009 für das Jahr 2009; CIA World Factbook. Vorhersage für das Jahr 2004; Military Balance 2004/2005; eigene Zusammenstellung.

² Ein weiterer zentraler Punkt, den die Tübinger Autoren erwähnen, ist, dass z.B. Gilpins Ansatz, politischen Einfluss über eine dominante Position im Weltwirtschaftssystem zu erreichen, die Tür zur rationalistischen Variante des Institutionalismus öffnet. Auch hier wird argumentiert, dass internationale Institutionen das Sicherheitsdilemma abmildern können.

Wegen der militärischen Parität, die auf Grund der nuklearen Zweitschlagfähigkeit de facto herrscht, hebt sich bei der EU vor allem das höchste GNP aller untersuchten Akteure hervor. Dies, in Kombination mit einem Wirtschaftsraum mit knapp einer halben Milliarde Konsumenten, lässt vor allem die wirtschaftliche Macht der EU erkennen. Lediglich die USA weisen ähnliche Voraussetzungen vor.³

2.2 „Poleigenschaft“ der EU im internationalen System

Dabei gilt es, zunächst zu untersuchen, ob man die EU als „Pol“ charakterisieren kann. Dies würde bedeuten, dass sich die EU gegenüber anderen „Polen“ militärisch behaupten könnte, was impliziert, dass sie befähigt ist, in einem multipolaren System eigene Interessen offensiver als in einem bipolaren System zu artikulieren (Baumann et al. 1998: 8). Bei der Operationalisierung sollen drei Kriterien untersucht werden, die bei einer positiven Bewertung gegenüber den bestehenden „Polen“ USA und China als Indikator dafür dienen, dass die EU fähig ist, sich militärisch gegenüber diesen beiden Ländern zu behaupten.⁴

Die im Folgenden abgebildete Tabelle vergleicht die USA, China und die EU bezüglich des Verteidigungshaushalt in absoluten Zahlen aus dem Jahre 2003, die aktiven Armeezugehörigen für das Jahr 2004, die Ausgaben pro Soldat und Jahr für das Jahr 2004 und das nukleare Zweitschlagpotential aus dem Jahre 2009.⁵

Tabelle 2: Militärisches Potential EU

	USA	China	EU-15
V-Etat absolut in Mrd. Dollar	404,8	60	248
Aktive Armeezugehörige	1,443,600	2,255,000	ca.1,500,000
Ausgaben für Soldat pro Jahr*	280400	26600	161000
Nukleare Zweitschlagfähigkeit (SLBM's)	1152	48	365

* Quotient aus V-Etat absolut und aktiven Armeezugehörigen, in Dollar

Quellen: SIPRI Yearbook 2009; CIA Yearbook 2004; Military Balance 2004/2005; Military Balance 2004/2005; eigene Zusammenstellung.

³ Eine dezidierte ökonomische Untersuchung ist hier nicht notwendig.

⁴ Auch wenn diese Untersuchung sehr hypothetisch erscheint, vor allem in Hinblick darauf, dass die Nuklearwaffenarsenale Frankreichs und Englands nicht einem europäischen Oberkommando, sondern den nationalen Streitkräften unterstehen, kann man auf Grund der im von Vertrag von Lissabon neu artikulierten Beistandspflicht im Falle eines bewaffneten Konflikts eines EU-Mitglieds auf eigenem Territorium gemäß Art. 42 Absatz 7 eben doch von einem gesamteuropäischen Nuklearwaffenpotential sprechen. Auch vor dem Vertrag von Lissabon musste davon ausgegangen werden, dass die Nuklearpotentiale Frankreichs und Großbritanniens bereits lange vor der Artikulation der ENP als Schutzschild Europas dienten: In diesen Kontext fällt die Aussage des französischen Premierministers Alain Juppés, der 1995 das Atomwaffenarsenal Frankreichs in einer gesamteuropäischen Sicherheitspolitik einfließen lassen wollte.

⁵ Diese Daten haben sich gegenüber 2004 nicht numerisch ins Negative entwickelt. Dabei wurden die SLBM's Frankreichs und Englands addiert.

Bei der Beurteilung der militärischen Ressourcen kommt man zu dem Schluss, dass man die EU im Vergleich zur USA und zu China auch nach der theoretischen Vorgabe zur Definition eines „Pols“ als solchen charakterisieren muss. Vor allem die Zahl der Ausgaben pro Soldat und Jahr ist ein deutlicher Hinweis darauf, dass die EU-15 Länder mit circa 60% des amerikanischen Wertes weit vor China und anderen potentiellen Akteuren anzusiedeln ist. Ein weiterer Anhaltspunkt für die „Poldefinition“ der EU ist vor allem die Anzahl von SLBM's als Zweitschlagwaffe. Dies bedeutet, dass die EU militärisch de facto unantastbar ist.

Man kann also neben der Analyse der Ressourcen auch durch die positive Bewertung der „Poleigenschaft“ der EU davon ausgehen, dass die EU nach den Kriterien des modifizierten Neorealismus in der Lage ist, ihre Interessen auch gegenüber anderen bestehenden Großmächten zu formulieren und durchzusetzen.⁶

3. Die geostrategische Rolle des Südkaukasus für den EU-Energiesektor

3.1 Energieinteressen der EU im Südkaukasus

Um die Energieinteressen der EU in der Region des Südkaukasus und des Kaspischen Meeres zu verstehen, bedarf es zunächst einer Analyse des Energieportfolios der EU. Damit lässt sich vergegenwärtigen und genauer abschätzen, welche Rolle der kaspische Raum für die EU als Energielieferant und Transitkorridor für Energieträger in Zukunft spielen könnte.

Zunächst erfolgt eine Darstellung zentraler Eckdaten des EU-Energieportfolios zur Zeit der ENP-Implementierung 2004 bis 2006. Speziell und ausschließlich werden die Energieimporte von Erdgas und Erdöl betrachtet, da diese beiden Energieträger als einzige durch den Zugang zu kaspischen Energieressourcen diversifiziert werden könnten.

In den folgenden Tabellen werden die drei größten Energieexporteure für Erdgas und Erdöl des EU-Markts aufgelistet. Dabei spiegeln bei der Aufteilung in Erdgas und Erdöl die jeweils oberen drei Spalten den absoluten Wert an Importen wieder und die drei unteren Spalten den prozentualen Anteil an den Importen der EU-27. Dazwischen werden die gesamten Importe genannt. Die Angaben bei den Erdgasimporten werden in Terajoule angegeben, die Angaben beim Erdöl in Mio. Tonnen.

⁶ Es soll hier nochmals auf den hypothetischen Charakter dieses Gedankengangs hingewiesen werden, vor allem im Hinblick auf die bisher nicht vorhandene homogene und stringente Sicherheitsarchitektur innerhalb der GASP, respektive GSVP.

Tabelle 3: Erdgasimporteure und ihr prozentualer Anteil (EU-27)

	2004	2005	2006
Algerien	2 042 137	2 256 826	2 132 236
Norwegen	2 801 723	2 671 779	2 844 237
Russland	4 951 044	4 952 879	4 937 711
Gesamt in TJ	10 726 388	11 364 494	11 749 734
Gesamt ca. Mio m ³	283 767	300 648	310 840
Algerien	18,4%	19%	17,5%
Norwegen	25,2%	22,5%	23,3%
Russland	44,5%	41,8%	40,4%

Quelle: Eurostat Energy Yearly statistics 2007: 17; eigene Zusammenstellung.

Tabelle 4: Erdölimporteure und ihr prozentualer Anteil (EU-27)

	2004	2005	2006
Lybien	49.9	50.6	53.1
Norwegen	108.6	97.4	89.0
Russland	188.9	188.0	189.6
Gesamt in Mio. T	570.1	591.4	564.7
Lybien	8,7%	8,7%	9,3%
Norwegen	18,9%	16,8%	15,5%
Russland	32,8%	32,4%	32,9%

Quelle: Eurostat Energy Yearly statistics 2007: 14; eigene Zusammenstellung.

In der unten dargestellten Tabelle 5 wird die Energieabhängigkeit der EU-27 bei Erdgas und Erdöl prozentual durch den Anteil von Importen am jeweiligen Gesamtbedarf dargestellt.

Tabelle 5: Prozentuale Energieabhängigkeit von Importen (EU-27)

	2004	2005	2006
Erdöl	79,9	82,4	83,6
Erdgas	54	57,7	60,8

Quelle: Eurostat Jahrbuch 2009: 457; eigene Zusammenstellung.

Mit denen hier angegebenen Zahlen lassen sich Tendenzen und Entwicklungen erkennen. Zunächst muss die Rolle Norwegens für die Energieversorgung der EU verortet werden. Man erkennt, dass Norwegen in der Versorgung der EU eine tragende Rolle einnimmt. Wie man aber ebenfalls erkennen kann, sind die Zahlen, absolut wie prozentual, rückläufig, obwohl es bei der Gasförderung von 2005 auf 2006 wieder steigende Anteile gab. Dieser Anstieg kann aber den abnehmenden Trend Norwegens am europäischen Energiemix dauerhaft nicht um-

kehren. Dabei sollte Norwegen bei energiepolitischen Überlegungen zur EU gezählt werden, da bis zum heutigen Zeitpunkt, norwegisches Gas ausschließlich in Länder der EU geliefert wird und auch Rohöl überwiegend an EU-Länder geliefert wird (Auswärtiges Amt, Exportportfolio Norwegen 2010: o.S.). Es wird davon ausgegangen, dass die bisherige Erdgasfördermenge der EU (inkl. Norwegen) von knapp 300 Mrd. m³ auf 200 bis 250 Mrd. m³ bis zum Jahr 2030 sinken wird (Götz 2007a: 2).

Diese Reduzierung des norwegischen Anteils hat Konsequenzen für den europäischen Markt. Zunächst besteht für den Erdgasimport das Problem, dass die beiden Länder mit den nächst größten Erdgasreserven nach Russland, der Iran und Katar (BP: Statistical review of World Energy 2006: 22ff)⁷, sich bisher außerhalb der Reichweite des europäischen Marktes befinden. Dabei ist eine Diversifikation, die nachhaltig das Erdgasportfolio der EU beeinflusst, schwerer zu realisieren, wie es bei Erdöl der Fall ist, weil der Erdgastransport über den Seeweg im Gegensatz zu Erdöl relevante Kostensteigerungen mit sich bringt. So konnte der Transport und die nötige Transformierung von Gas in LNG bisher nur begrenzt realisiert werden.⁸ Verstärkt wird die Problematik, dass man von steigenden absoluten wie relativen Importzahlen bei Erdgas ausgeht.

So rechnet die Europäische Kommission damit, dass, wenn man von einer linearen Entwicklung ausgeht, der Gasimportbedarf von derzeit 57% auf 84% und der Ölimportbedarf der EU von 82% auf 93% bis zum Jahr 2030 steigen wird (Europäische Kommission 2007: 4). Prognosen der IEA gehen zusätzlich davon aus, dass der prozentuale Anteil von Erdgas von 23% im Jahre 2002 auf 32% im Jahre 2030 steigen wird, bei einem gleichzeitigen Rückgang des Erdölanteil am Energiemix von 38% im Jahr 2002 auf 36% im Jahr 2030 (International Energy Agency: World Energy Outlook 2004: 8).⁹

Weitere Untersuchungen kamen zu dem Ergebnis, dass die EU im Jahr 2030 71% ihres Energiegesamtbedarfs importieren muss – heute sind es circa 50% (Europäische Kommission 2006a: 3). Dies liegt, beachtenswerter Weise weniger am steigenden Verbrauch von fossilen Energieträgern, sondern vielmehr am abnehmenden Anteil europäischer und speziell norwegischer Ressourcen am EU-Energieportfolio. Dabei schwanken die Zahlen über den Energieverbrauch je nach Quelle extrem. So divergieren die Verbrauchszahlen bei Erdgas für das Jahr 2030 um bis zu 50% (Götz 2007a: 3.), was genaue Prognosen, auch für die Rolle Russlands als bisher größter Energieimporteur der EU, kaum vorhersagbar machen.

⁷ Nach Russland, das circa 27% der weltweiten Erdgasreserven besitzt, liegen der Iran und Katar mit jeweils circa 15 %, wobei diese zwei Länder erst ungefähr 5% der weltweiten Förderung beisteuern. Dies bedeutet, dass sie ein enormes Wachstumspotential haben, was bei einem russischen Anteil von über 20% der weltweiten Förderung relativiert scheint. Insgesamt werden die Reserven im Mittleren Osten auf knapp über 70 Billionen m³ und in Russland auf knapp unter 50 Billionen m³ taxiert.

⁸ Im Jahr 2006 wurden 17% des europäischen Erdgasimports in Form von LNG erreicht. Eine Steigerung auf 30% bis ins Jahr 2030 scheint realisierbar. Zu lesen in: Seliger, Andreas (2006): Entwicklung des weltweiten LNG-Angebots bis 2030 – eine modellgestützte Analyse. In: Zeitschrift für Energiewirtschaft, 30 (2006) 2. S. 97f.

⁹ Man muss aber erwähnen, dass die Prognosen den natürlichen stochastischen Problemen unterworfen sind und einem Referenzmodell zugrunde liegen müssen. Diese Gasverbrauchsprognosen hängen z.B. stark vom Preisniveau ab, was zumindest bisher an den Ölpreis gekoppelt ist. Auch spielt die Förderung und Entwicklung der Nuklearenergie und der erneuerbaren Energien eine zentrale Rolle bei der zukünftigen Entwicklung des Bedarfs einzelner Energieträger.

Um die potentiellen Abweichungen der Prognosen einzugrenzen, sollen hier in Tabelle 6 als Referenzzahlen die Prognosen aus dem Jahr 2008 der Europäischen Kommission für das Jahr 2020 herangezogen werden, die von gleichbleibenden Rahmenbedingungen ausgehen.

Tabelle 6: EU-Energiedaten 2020 in Mio. toe

	Erdöl	Erdgas
EU-27 Gesamtverbrauch 2020	702	505
EU-27 Energieimporte 2020	590	390

Quelle: Europäische Kommission 2008a: 19.

Da internationale Angaben in „Ton(s) of oil equivalent“ angegeben werden, muss der Wert des Erdgases umgerechnet werden. Eine Toe entspricht $41,8 \cdot 10^9$ Joule (Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe: Reserven, Ressourcen und Verfügbarkeit von Energierohstoffen 2005: 41). Da die Joulewerte aus dem kaspischen Raum zwischen dem niedrigsten Wert von Turkmenistan mit 37700 Joule/m^3 und dem höchsten Wert in Kasachstan mit 39025 Joule/m^3 schwanken, soll, um zu vereinfachen, mit einem Wert von 38500 Joule/m^3 gerechnet werden (diese Werte gibt das BGR an). Damit ergibt sich ein m^3 Erdgasimportbedarf der EU im Jahr 2020 von circa 424 Mrd. m^3 .

Auf dem Energiedialog zwischen der EU und Russland im Jahr 2009 wurden für die Energieimporte der EU aus Russland für das Jahr 2020 folgende Zahlen prognostiziert (Energiedialog zwischen der EU und Russland, 2009: 5): Circa 160 Mio. Tonnen Erdöl und 190 Mrd. m^3 Erdgas, was ungefähr 148 Mio. Tonnen entspricht (Bei einer Dichte von circa $0,78 \text{ kg/m}^3$. Referenz: Klöpffer/Grahl 2009: 238).

Man erkennt, dass weiterhin eine gewisse Abhängigkeit der EU gegenüber Russland bei den Energieimporten existieren wird. Aber, und dies muss deutlich hervorgehoben werden, es ist eine reziproke Abhängigkeit! Der Wert der exportierten Energieträger entwickelte sich vom Jahr 2000 bis 2008 von knapp 36 Mrd. Euro auf über 118 Mrd. Euro pro Jahr (Europäische Kommission 2010a). Wenn man den Wert von 2008 in Relation mit dem totalen Exporterlös russischer Güter durch die EU von knapp 173 Mrd. Euro setzt, und man bedenkt, dass die EU mit über 55% größter Importeur russischer Güter ist (Europäische Kommission 2009), erkennt man die tragende Rolle der EU für Russland bezüglich des Exporterlös. Zudem ist Russland stark auf diese Devisen angewiesen, da ungefähr 500 Mrd. Euro für Investitionen in seine Energieinfrastruktur bis 2020 veranschlagt werden (Europäische Kommission 2012d), um diese am Laufen zu halten und zu modernisieren. Man kann also durchaus von einer gegenseitigen Abhängigkeit sprechen.

Bevor untersucht werden kann, wie die Region des kaspischen Raumes das Energieportfolio beeinflussen könnte, müssen zuvor zwei wichtige Aspekte betrachtet werden. Zum einen spielt der rechtliche Status des Kaspischen Meeres eine zentrale Frage wenn es um die Ausbeutung der dortigen Bodenschätze geht, weil der Status und die damit verbundenen Zugriffsrechte noch nicht abschließend geklärt sind. Zum anderen stellt sich die Frage, wie

weit die drei südkaukasischen Länder gewillt sind, selbst in der Energieförderung aktiver zu werden.

Der rechtliche Status des Kaspischen Meeres ist seit dem Zerfall der Sowjetunion ungeklärt. Bis zu diesem Zeitpunkt waren lediglich der Iran und die Sowjetunion Anrainer, was sich dann mit den neuen unabhängigen Staaten Kasachstan, Turkmenistan und Aserbaidschan änderte. Bis heute besteht aber lediglich ein gültiges Abkommen zwischen dem Iran und der damaligen Sowjetunion aus dem Jahre 1922 und 1940 (Zimmermann 2000: 493). Komplikationen treten deshalb auf, weil die Anrainer des Kaspischen Meers bisher nicht in der Lage waren beziehungsweise Willens sind, eine Einigung über die maritime Beschaffenheit des Kaspischen Meeres auszuhandeln: Ob das Kaspische Meer nun ein Binnensee oder als ein tatsächliches Meer zu definieren ist. Dies ist insofern bedeutsam, weil je nach Definition verschiedene Hoheitsansprüche geltend gemacht werden können. Jeder Anrainer versucht verständlicherweise, möglichst große Teile von Erdgas- und Erdölfeldern an eigene Hoheitsgebiete zu koppeln. Da dies ein erwartungsgemäß schwieriger Prozess ist, wurde der heutige rechtliche Status durch bilaterale Abkommen der Anrainer erzielt (Granmayeh 2004: 41) und nicht durch ein von allen Anrainern ratifiziertes Abkommen. So kam es z.B. 1994 bereits zu verbalen Attacken seitens Russlands, als Aserbaidschan drei „Offshore“-Felder zur Exploration freigab (Granmayeh 2004: 23). Folglich wird von den „neuen“ Anrainern die Meeresdefinition befürwortet, weil dies nach dem internationalen Seerecht eine 200 Seemeilen weite „ausschließliche Wirtschaftszone“ als Konsequenz hätte (Herber 1998: 63). Dies würde vermutlich zu weiteren Spannungen führen, da die 200 Seemeilenzone durch die Topographie des Kaspischen Meeres Überschneidungen in der Mitte ergeben, in denen Gas- und Ölfelder liegen.

Dieser rechtliche Disput über den Status, und damit auch über den legitimen Zugriff auf natürliche Ressourcen des Kaspischen Meeres, führt zum zweiten Aspekt: Sind die drei Südkaukasusländer (auch wenn Armenien und Georgien keine Anrainer des Kaspischen Meeres sind) von sich aus gewillt, im Bereich der Energieförderung und der Unterstützung der Energiegewinnung, aktiver zu werden und eine Emanzipation gegenüber Russland anzustreben? Dies ist deswegen relevant, weil durch eine Emanzipation auf dem Energiesektor, eine Kooperation für die EU weitaus einfacher durchzuführen wäre und damit auch die Durchsetzung europäischer Interessen bei gemeinsamen Projekten.

Armenien spielt allerdings in diesem Kontext eine weniger wichtige Rolle, weil, wie noch dargestellt wird, bisher noch keine Pipelines oder auch geplante durch armenisches Territorium führen. Auch wäre nicht abzusehen, ob Armenien sich gegen ein russisches Veto durch das enge bilaterale Verhältnis behaupten könnte, wenn es seine Rolle verstärken wollte.

Von entscheidender Relevanz ist das Verhalten Georgiens und vor allem Aserbaidschans. Bei diesen beiden Ländern muss man davon ausgehen, dass sie ihre relative Energieabhängigkeit gegenüber Russland zu mindern versuchen. Georgien importierte 2006 95% seines Gases und 53% seines Stromes aus Russland (Halbach 2007: 2). Diese Tatsache, in Kombination mit dem latent bis offen ausgetragenen Konflikt um Südossetien, lassen den Versuch Georgiens, sich energiepolitisch umzuorientieren, plausibel erscheinen.

Aserbaidshans hingegen befindet sich in einer problematischen Position. Es war bis auf einzelne Phasen, in denen es Erdgas importieren musste, seit 1992 ein Exporteur von Erdöl und auch verstärkt von Erdgas (Länderbericht der US Energy Administration, 2009). Diese Position der Stärke, durch den Zugang zu natürlichen Ressourcen, und vor allem die politische wie wirtschaftliche Zuwendung Richtung Westen, birgt auch Gefahren beziehungsweise Hindernisse. So wird in Armenien davon ausgegangen, dass jegliche Art zur Befreiung der besetzten Bergkarabach Gebiete durch Aserbaidshans sofort eine militärische Hilfestellung Russlands für Armenien zur Folge hätte (Aghayev 2009: 8). Diese vermeintliche Sicherheit in der Hinterhand hinterlässt Spuren im bilateralen Verhältnis, was einer Lösung des Bergkarabach Konflikts nicht zuträglich ist. Von russischer Seite wird auch versucht, die Exploration kaspischer Energieträger zu unterminieren, beziehungsweise zu kontrollieren. So versuchte Russland noch 2009, die vollständig zum Export freigegebenen Gasreserven Aserbaidshans aufzukaufen, um die Chancen des Baubeginns für die Nabucco-Pipeline abzuschwächen (Aghayev 2009: 7). Flankierend baute der Kreml in Baku Druck auf, um eine Gasversorgung Georgiens zu unterbinden, bei einem gleichzeitigen Investitionsschub in den aserbaidshansischen Energiesektor, um dort Einfluss zu gewinnen (Aghayev 2009: 7). Dieses Verhalten Russlands zeigt, unter welchem außenpolitischen Druck sich Aserbaidshans befindet, wenn man in Betracht zieht, dass Aserbaidshans auch der versuchten Einflussnahme anderer Akteure ausgesetzt ist.

Für eine weitere politische Annäherung an die EU spricht die starke wirtschaftliche Verflechtung Aserbaidshans mit der EU. So importierte die EU z.B. 2008 knapp 63% der gesamten aserbaidshansischen Exportgüter mit einem Gegenwert von 9,78 Mrd. Euro (Europäische Kommission 2012b). Dabei bestand der Import aus Aserbaidshans zu 99% aus natürlichen Ressourcen (Europäische Kommission 2012b).

Um ein detailliertes Bild über die Quantität der verfügbaren Ressourcen für die EU zu erhalten, sollen die Gas- und Ölvorkommen der drei Südkaukasusländer und des Kaspischen Meeres betrachtet werden. In diesem Zusammenhang müssen auch mögliche weitere ressourcenreiche Länder, die zukünftig als Importquelle der EU dienen könnten, aber bisher noch nicht in einem Verbundnetz integriert sind, untersucht werden.

3.2 Gasressourcen der Region

Bei der Förderung von Gas spielen die Länder Georgien und Armenien eine marginale Rolle und werden deswegen hier nicht weiter betrachtet. Der Zugang Georgiens zum Schwarzen Meer ändert diese Bewertung nicht. Anders stellt sich die Rolle als Transitland dar, wie später noch erörtert wird. Weiterhin muss darauf hingewiesen werden, dass die folgenden Schätzungen keinen Anspruch auf Richtigkeit haben. Es divergieren auch Schätzungen einzelner unabhängiger Institute, sowie von Organisationen und Ländern durchgeführte Erhebungen teilweise erheblich, sei es in absoluten wie in relativen Zahlen. Die hier dargestellte Tabelle beinhaltet alle Länder der Region – ausgenommen Russland – die über erwähnenswerte Erdgasreserven verfügen.

Tabelle 7: Energiepotential der Region, Angaben in Mrd. Kubikmetern.

	Aserbaidshon	Kasachstan	Turkmenistan	Usbekistan	insgesamt
Kumulierte Förderung*	426	265	2023	1694	4408
Reserven**	1370	3000	4000	1620	9990
Ressourcen***	1900	2500	6000	1500	11900
Verbleibendes Potential	3270	5500	10000	3120	21890
Erschöpfungsgrad in %	12	5	17	35	17

* Kumulierte Förderung: Bisherige Fördermenge.

** Reserven: Nach heutigem Stand der Technik wirtschaftlich abbaubar.

*** Ressourcen: Vorkommen, die zwar nachweislich vorhanden sind aber gegenwärtig noch nicht wirtschaftlich gefördert werden können.

Quelle: Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe: Reserven, Ressourcen und Verfügbarkeit von Energierohstoffen 2005: 57ff. Im Vergleich die drei Länder mit den größten Reserven 2004: RUS: 47578 Mrd. m³, Iran: 27550 Mrd. m³, Katar: 25771 Mrd. m³.)

Da das europäische Statistikamt die importierten Gasmengen in Terajoule angibt, muss folgende Berechnung durchgeführt werden, um einen statistischen Vergleich zwischen dem Verbrauch der EU und den Ressourcen der kaspischen Region durchführen zu können: Ein Mio. m³ Erdgas ergibt zwischen 37,5 und 42,5 Terajoule (Europäische Kommission 2010b, Statistical Pocketbook 2010: 5f). Daraus ergibt sich bei dem verbleibenden Potential, wenn man als Mittelwert den BGR-Wert von 38,5 Terajoule für den Südkaukasus heranzieht, ein Wert von 842,765,000 Terajoule. Interessanter ist der Wert der Reserven der sich auf 384,615,000 Terajoule beläuft. Bei einem Gesamterdgasverbrauch der EU von 20,747,815 Terajoule im Jahr 2005 (Eurostat Jahrbuch Energie 2007: 17), lässt dies das Potential der Region für die EU erkennen. Die EU könnte also ihren Erdgasverbrauch beim momentanen Verbrauch circa 19 Jahre mit dem Gas des kaspischen Raumes komplett abdecken.

Allerdings muss hier klargestellt werden, dass von den in Tabelle 7 genannten vier Ländern lediglich Aserbaidshon Mitglied der ENP ist. Weiterhin ist das verbleibende Gaspotential Turkmenistans von hoher Relevanz, da es bei Reserven und Ressourcen mit Abstand die höchsten Werte aufweist. Dieses Potential macht Turkmenistan, wie man bei der Beschreibung von Pipelineprojekten sehen wird, als zukünftigen Lieferanten für die EU interessant.

3.3 Erdölressourcen der Region

Auch bei den Erdölressourcen muss zunächst festgehalten werden, dass Armenien und Georgien eine marginale Rolle spielen und, wie man später noch sehen wird, lediglich in der Rolle als Transitländer, von Bedeutung sind. Die hier dargestellte Tabelle beinhaltet alle Länder der Region – ausgenommen Russland - die über erwähnenswerte Erdölreserven verfügen.

Tabelle 8: Relevante Erdölressourcen im Südkaukasus, Angaben in Mrd. Tonnen.

	Aserbaidschan	Kasachstan	Turkmenistan	insgesamt
Kumulierte Förderung	1.453	1.015	450	2.918
Reserven	1.130	4.100	260	5.490
Ressourcen	1.200	4.000	1.700	6.900
Verbleibendes Potential	2.330	8.100	1.960	12.390

Quelle: BGR, 2005:51ff. Im Vergleich die zwei Länder mit den größten Reserven 2004 plus Russland. Saudi-Arabien: 36.037 Mrd. T., Iran: 18.022 Mrd. T., Russland: 10.148 Mrd. T.

Die hier genannte Menge des verbleibenden Gesamtpotentials könnte die EU, bei dem Verbrauchsrichtwert aus dem Jahr 2005 von 686,8 Mrd. Tonnen (BGR, Reserven, Ressourcen und Verfügbarkeit von Energierohstoffen 2005: 52) circa 18 Jahre mit Erdöl versorgen. Dabei vermitteln die in den oberen zwei Kapiteln genannten Zahlen deutlich das Potential, welche die Region für den europäischen Energiemarkt in Zukunft einnehmen könnte. Andererseits verdeutlichen die Zahlen aber auch die in Relation zu anderen energieexportierenden Ländern begrenzten Ressourcen.

3.4 Transitrouten

Für die Einordnung, wie wichtig die Südkaukasusregion für die Energieversorgungssicherheit der EU in Zukunft sein kann, ist es notwendig, alle relevanten Pipelineprojekte zu untersuchen.

Man sollte erwarten, dass mit den Pipelineprojekten eine Diversifikation der Energieimporte zu erreichen ist. Dabei müsste sich ein unterschiedliches Bild zwischen Erdölpipelines und Erdgaspipelines aus zwei Gründen abzeichnen: Erstens durch die Tatsache, dass sich für den Energiemarkt der EU in Zukunft stärkere Abhängigkeiten gegenüber einzelnen Importeuren von Erdgas ergeben werden, was durch eine Diversifikation verhindert werden soll. Zweitens durch die Tatsache, dass erhöhte infrastrukturelle Anforderungen des Erdgasimports gegenüber dem Import von Erdöl vorherrschen. Da, wie bereits beschrieben, bisher die Verwendung von LNG im großen Stil für den europäischen Markt an strukturellen wie wirtschaftlichen Hindernissen scheitert, ist man verstärkt auf Pipelinekapazitäten angewiesen. Anders sieht dies bei dem Transport von Erdöl aus. Da die technischen Erfordernisse für den Seetransport weitaus geringer und kostengünstiger sind, wäre theoretisch eine Diversifikation auch ohne Pipelineprojekte leichter zu bewerkstelligen. Demnach müsste sich durch die theoretische Möglichkeit einer pipelineunabhängigen Erdöldiversifikation, in Kombination mit der geringeren Abhängigkeit von russischem Öl, eine Gewichtung zu Gunsten von Erdgaspipelines zur Erdgasdiversifikation erkennen lassen.

In der folgenden Tabelle werden dabei alle Pipelineprojekte untersucht, die unmittelbar einzelne oder mehrere der drei ENP-Länder tangieren. Dabei dürfen nicht nur Projekte betrachtet werden, die im Bau sind oder sich in einer frühen Projektphase befinden, sondern auch diejenigen, die sich noch in Planung befinden.

Naheliegender erscheint die Untersuchung aller Pipelineprojekte, die ab dem Jahr 2003, dem Jahr als die ENP initiiert wurde, auf den Weg gebracht wurden. Dass die EU in das mitt-

lerweile eingestellte Nabucco-Projekt im Dezember 2003 eingestiegen ist (Nabucco-Betreiberkonsortium, 2010), also nachdem aller Wahrscheinlichkeit die südkaukasischen Länder bereits EU-intern im ENP-Programm aufgenommen waren, mag Zufall sein.

Zurzeit gibt es mehrere Pipelineprojekte, die sich bereits im Bau befinden oder in einer fortgeschrittenen Projektierungsphase sind. Diese Pipelines werden in der unteren Tabelle dezidiert dargestellt. Diese Auswahl umfasst aber nicht alle Pipelineprojekte, die europäische Energieinteressen tangieren. Doch die genannten sind rein hypothetisch in der Lage, relevante Fördermengen zu liefern. Weiterhin werden hier lediglich Pipelineprojekte beschrieben, die zunächst nicht von russischen Energieträgern abhängig sind und die kein russisches Territorium durchqueren, beziehungsweise nicht von Russland (mit-)finanziert werden. Dies ist ein wichtiger Punkt, da vor allem eine Monopolstellung Russlands als Energielieferant verhindert oder zumindest abgeschwächt werden soll.

Tabelle 9: Relevante Pipelineprojekte der Region

	Status	Partnerländer (ISO 3166)	max. Durchlaufmenge
Baku-Tbilissi-Cheyan (BTC)	seit 2005 in Betrieb	AZ, GE, TR	1 Mio. Brl. pro Tag ^①
South-Caspian-Pipeline (SCP)	seit 2006 in Betrieb	AZ, GR, TR	20 Mrd. m ³ pro Jahr ^①
White Stream	2005 initiiert, gepl. Inbetriebnahme 2016	GE, RO, UA	32 Mrd. m ³ pro Jahr ^②
Interconnector Greece-Italy (ITGI)	gepl. Inbetriebnahme 2015	GR, IT	8 Mrd. m ³ pro Jahr ^③
Interconnector Turkey-Greece (ITG)	seit 2007 in Betrieb	TR, GR	11,5 Mrd. m ³ pro Jahr ^④
Trans-Adriatic-Pipeline (TAP)	gepl. Inbetriebnahme 2017	GR, AL, IT	20 Mrd. m ³ pro Jahr ^⑤

Quelle: Offizielle Angaben der Betreiber,

- ① <http://www.bp.com/sectiongenericarticle.do?categoryId=9006669&contentId=7015093>; dies entspricht circa 50 Mio. Tonnen pro Jahr, bei 7,35 Brl. = 1 Toe. (BGR 2005);
- ② <http://www.gueu-whitestream.com/main.php?id=1&lang=en>;
- ③ <http://www.igi-poseidon.com/english/strategicvalue.asp>;
- ④ <http://www.edison.it/edison/export/sites/default/shared/download/presentation26july2007ENG.pdf>;
- ⑤ http://www.trans-adriatic-pipeline.com/tap-project/concept-2_.html

Diese Pipelineprojekte bedürfen einer genaueren Analyse. Zunächst lassen sich die genannten Projekte in zwei Blöcke unterteilen. Die drei erstgenannten Pipelines werden direkt mit Energie aus dem Kaspischen Meer gespeist, wobei die BTC-Pipeline die einzige ist, die Erdöl und nicht Erdgas liefert beziehungsweise liefern wird. Die White Stream Pipeline ist von allen genannten die einzige, die nicht die Türkei als Transitland durchquert¹¹ beziehungsweise die nicht gespeist wird mit Erdgas, das über die Türkei transferiert wird.

¹¹ In diesem Kontext könnte man auch noch das AMPO-Pipelineprojekt nennen, dass durch das Schwarze Meer verlaufen soll, und nach Fertigstellung bis zu 750.000 Brl. Pro Tag Richtung Europa liefern soll. Dieses Projekt steht noch in Konkurrenz zur Burgas-Alexandroupolis-Pipeline. Beide haben als primäres Ziel, die Türkei als Transitland zu umgehen und zu entlasten, da bisher noch viel Öl durch den Bosphorus und die Dardanellen verschifft werden muss, für die es Obergrenzen in

Die unteren drei genannten Pipelines der Tabelle 9 müssen zunächst aus einem geographischen Verständnis heraus betrachtet werden. Wenn man die ITI-Pipeline als Verlängerung der ITG-Pipeline betrachtet, was bei teilweise überschneidenden Betreiberkonsortien gerechtfertigt ist, erkennt man, dass dieses Projekt, auch ITGI genannt, versucht, ein durchgehend von Ost nach West verlaufende Pipelineinfrastruktur zu schaffen, die in Europa endet. Ebenfalls wichtig ist, dass dieses Projekt wesentlich näher an den beiden großen, bisher für die EU wenig erschlossenen Erdgaslagerstätten des Nahen Osten und des kaspischen Raumes beginnt. Naheliegender ist in diesem Kontext daher die offizielle Bezeichnung eines „südlichen Gaskorridors“, den die EU mit einer oder mehreren Gaspipelines schaffen will (Europäischer Rat 2009a: 10f). In diesem Zusammenhang muss auch die TAP genannt werden, die lediglich am Ende des Ringes weitere geographische Möglichkeiten zur Einspeisung aufzeigt. Allerdings muss hierbei auch festgehalten werden, dass es bisher weiter unklar ist, welche dieser Projekte letzten Endes realisiert werden.

Gemeinsam ist den Passagen des „südlichen Gaskorridors“, dass sie ihre Energie aus denselben Märkten beziehen, und vor allem bisher die nötigen Durchlaufmengen noch nicht gesichert sind. Dies wirft aber eine entscheidende Frage auf: Warum fordert die Europäische Kommission die Realisierung beider Projekte? Obwohl die Auslastungen bisher nicht gesichert sind, sollen beide Stränge realisiert werden, zumindest wenn es nach der EU geht, um für die Zukunft ein Potential für den Energietransfer zu erhalten.

Im Folgenden soll davon ausgegangen werden, dass es der EU gelingt, Energiekorridore beziehungsweise eine Ost-West-Passage für Energieträger zu verwirklichen. Ein Problem, welches die bereits liefernden, wie auch noch nicht realisierte Pipelineprojekte gemeinsam haben, ist, dass ihre maximalen Durchlaufmengen bisher nicht erreicht werden, beziehungsweise noch nicht vergeben sind. Dies impliziert, dass Kapazitäten frei sind, die gefüllt werden müssen. Diese freien Kapazitäten stellen das eigentliche Potential der Pipelineprojekte dar. Wenn man die Zahlen über die Energieressourcen der Region betrachtet, lassen diese nur eine Folgerung zu den Funktionen von Pipelineprojekten rational erscheinen, die aus der Region Richtung EU verlaufen: Sie sind als übergeordnete Versorgungsstränge in ressourcenreiche Regionen zu verstehen und bieten die zukünftige Möglichkeit, Energie aus Ländern zu beziehen, die bisher kaum oder gar nicht als Energielieferant der EU in Erscheinung getreten sind.

Bei der Betrachtung potentieller Länder, die über die südkaukasischen Länder hinaus relevante Energiemengen an die EU liefern könnten, sollen lediglich jene Länder untersucht werden, bei denen die Ausweitung von Energielieferungen an die EU die ENP-Länder eine Transitfunktion erfüllen würden. Diese sind Kasachstan und Turkmenistan. Dabei ist die Frage empirisch nicht zu belegen, in wie weit die ENP-Mitgliedschaft der drei Südkaukasusländer die Ausweitung der Energielieferungen wahrscheinlicher machen. Es spricht aber vieles dafür, dass die Mitgliedschaft in der ENP und die aktive Unterstützung der Projekte durch die EU die Chance einer Realisierung erhöht haben. Bisher haben es Russland und der Iran verstanden, Pipelineprojekte, die Aserbaidschan auf direktem Wege über das Kaspische Meer mit Turkmenistan oder Kasachstan verbinden würden, zu verhindern. Die Beweggrün-

der Frequentierung gibt. Weiterhin in diesem Kontext ist die Baku-Supsa Öl-Pipeline zu nennen. Sie liefert circa 145.000 Brl. Pro Tag zum georgischen Umschlagshafen Supsa.

de sind Befürchtungen, zumindest teilweise die Kontrolle über den Export von kaspischen Energieträgern zu verlieren.

Kasachstan erhöhte von 2000 bis 2007 seine Erdölexporte in die EU von 9,9 auf 18,3 Mio. Tonnen, was 3,4% des totalen Erdölimports entspricht (Europäische Kommission 2010b, Statistical Pocketbook 2010: 14). Geplant ist, dass der bisherige Transport mit überwiegend kleinen Tankern nach Baku durch eine oder mehrere Pipelines ersetzt wird und von dort in die BTC eingespeist wird, wenn die rechtlichen Differenzen mit dem Iran und Russland gelöst sind. Die Fördermenge aus dem Tengizfeld, einem der größten Erdölfelder der Welt, Richtung Baku und BTC soll dann bis zu 25 Mio. Tonnen pro Jahr erreichen (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung 2008: o.S.). Falls aus rechtlichen Gründen ein Offshore-Pipelinebau durch das Kaspische Meer nicht realisiert werden kann, wäre die logische Konsequenz, das Erdöl mit einer größeren und modernisierten Tankerflotte nach Baku zu transportieren. Allem Anschein nach sind sich die kasachischen Machthaber dieser Situation bewusst, denn der Ausbau ihrer Tankerflotte wird fortlaufend vorangetrieben (Brill Olcott 2009: 20). Es ist zu vermuten, dass die absoluten Mengen an Erdöl aus Kasachstan auch über die Einspeisung in die BTC-Pipeline hinaus erhöht werden können.

Ein weiteres wichtiges Projekt stellt die Trans-Caspian-Pipeline dar. Sie soll ermöglichen, Gas aus Turkmenistan – eventuell mit einer späteren Anbindung auch kasachisches Gas – via Georgien Richtung Europa zu liefern. Auch bei diesem Projekt bestehen noch rechtliche Probleme. Vorgesehen ist, dass Turkmenistan zunächst bis zu 15 Mrd. m³ in westlich verlaufende Pipelines einspeist (EIA: Caspian Sea Region: Natural Gas Export Options 2002: o.S.). Bisher bezieht die EU aus Turkmenistan weniger als 0,1% ihres Energiebedarfs (Stand 2011, Europäische Kommission 2012e: 7).

Neben Turkmenistan, das bisher kaum im Energieportfolio Europas aufgetreten ist, könnten auch Länder wie der Iran und der Irak als Energielieferanten mehr in den Blickpunkt der EU geraten. Voraussetzung sind installierte Energiekorridore.¹² Falls sich vor allem mit dem Iran in Zukunft ein stabiles Verhältnis entwickeln sollte, erscheint es auch realistisch, dass Erdgas aus Katar via Iran mit einfließen könnte. Denn der Iran versucht sich als Energielieferant für Europa ins Gespräch zu bringen, beziehungsweise, wenn keine Pipeline durch das Kaspische Meer realisiert werden sollte, als Transitland turkmenischen Gases in die Türkei, um in die europäische Pipelineinfrastruktur eingespeist zu werden (Tynan 2009: o.S.).

Als Resümee, zum Potential der Region als europäischer Energielieferant, kann man festhalten, dass das ENP-Land Aserbaidschan zwar auch als Energielieferant fungiert, aber vornehmlich als erweitertes Drehkreuz für die EU zu verstehen ist. Hier spielen vor allem Turkmenistan und Kasachstan eine bedeutende Rolle. Zum einen weil das turkmenische Erdgaspotential bisher vollkommen am europäischen Markt vorbeiging und zum anderen, weil Kasachstans Erdöl für die EU ein weitaus größeres Potential als bisher birgt, wenn man davon ausgeht, dass die Exportzahlen kasachischen Erdöls beträchtlich zunehmen werden (Götz 2007b: 9). Auch müssen die Pipelineprojekte weniger als starre Gebilde verstanden

¹² Ebenfalls waren bei dem *Intergovernmental Agreement* 2009 neben Vertretern aus dem Irak auch Vertreter Ägyptens und Syriens vertreten, um eventuell zu einem späteren Zeitpunkt Gas über Nabucco liefern zu können. URL:

[http://www.jamestown.org/single/?no_cache=1&tx_ttnews\[tt_news\]=35262](http://www.jamestown.org/single/?no_cache=1&tx_ttnews[tt_news]=35262)

werden, sondern vielmehr als ein Raster, das die infrastrukturellen Voraussetzungen schafft, Energie vermehrt aus dem kaspischen Raum, aber auch aus südlich angrenzenden Regionen, Richtung EU zu liefern.

Neben Erdgas würde auch Erdöl aus dieser Region relevante Mengen für die Diversifizierung liefern. Vor allem kasachisches Erdöl nimmt hier eine entscheidende Rolle ein. Wenn zunächst von der Einspeisung von 25 Mio. Tonnen pro Jahr in die BTC-Pipeline ausgegangen wird, erhöht sich der prozentuale Anteil aus Kasachstan auf ungefähr 5% des totalen Erdölimports der EU. Damit sind aber die Kapazitäten vor allem der BTC-Pipeline längst nicht ausgereizt, wenn man sich die maximale Durchlaufmenge von circa 68 Mio. Tonnen in Erinnerung ruft. Daher ist das Potential kasachischen Erdöls beträchtlich und dessen Import könnte ohne weiteres zweistellige Prozentzahlen des EU-Energieverbrauchs abdecken. Der aserbaidische Erdölexport Richtung EU betrug 2005 circa 7,6 Mio. Tonnen. Angenommen, diese Menge würde komplett durch die (kleinere) Pipeline Baku-Supsa Richtung Europa transferiert, könnte man die komplette maximale Durchlaufmenge der BTC-Pipeline von 50 Mio. Tonnen theoretisch mit kasachischem Erdöl bedienen. Bei einem veranschlagten Erdölimportbedarf der EU von 590 Mio. T. im Jahr 2020 (siehe Tab. 6), wären dies circa 8,5%.

Dass in Zukunft auch andere Pipelines kasachisches Erdöl Richtung EU transportieren werden, ist nicht ausgeschlossen. In Planung befindet sich die Pan-European Oil Pipeline, die ab dem Jahr 2012 von Rumänien aus in Betrieb genommen werden soll und dann Erdöl aus dem kaspischen Raum liefert. Es wird ein maximales Durchlaufvermögen von 60 Mio. Tonnen angestrebt und wird vermutlich neben russischem Erdöl auch Kapazitäten für andere Erdölproduzenten der Region haben (Transnafta 2004).

Die hier aufgeführten Zahlen untermauern die Vermutung, dass nach der Aufnahme der drei Südkaukasusländer in die ENP, das Energieportfolio der EU sich geändert hat, und durch Energieimporte aus der Südkaukasusregion modifiziert wurde. Es muss aber darauf verwiesen werden, dass dies weniger durch den aktuelle Zugang zu Ressourcen bestätigt wird, als vielmehr durch die zukünftige Option auf Energieträger des Südkaukasus oder angrenzender Regionen. Vor allem das kasachische Erdöl und das Potential, das sich in turkmenischen Gasressourcen verbirgt, lassen diesen Schluss zu. In diesem Kontext ist auch relevant, dass Pipelineprojekte, die durch die Türkei laufen, bisher alle primär auf kaspische Energieträger angewiesen sind und damit auch nur durch Zusagen von Energielieferung aus dem kaspischen Raum realisiert werden können, aber gleichzeitig auch die Türen in südliche energiereiche Regionen wie den Irak und den Iran öffnen.

Neben den Zahlen müssten Stellungnahmen der EU, speziell der Europäischen Kommission, belegen, dass die Ausweitung und der Zugang zu diesen Energieträgern bewusst lanciert wurde, und dass die drei ENP-Länder tatsächlich eine tragende Rolle darin spielen.

3.5 Offizielle Dokumente und Stellungnahmen der EU

In diesem Abschnitt werden offizielle Dokumente der EU herangezogen, welche belegen, dass die EU versucht, auch unter Zuhilfenahme der ENP, Einfluss auf den kaspischen Ener-

giesektor zu nehmen und sich daraus konkrete oder zumindest absehbare Vereinbarungen über Energietransfers abzeichnen.

Dass die Europäische Kommission in den drei Ländern Armenien, Aserbaidschan und Georgien in der Lage ist, durch die ENP und anderen Transferleistungen (vor allem Marktzugang) eigene Interessen zu artikulieren und durchzusetzen, ist bis zu einem gewissen Grad unstrittig. Es stellt sich die Frage, in wie weit die EU ihre Interessen bei den beiden energiereichsten Ländern der Region, Kasachstan und Turkmenistan zur Geltung bringen kann und vor allem, ob sie dies überhaupt versucht. Dies wäre naturgemäß der nächste logische Schritt, da beide Länder über beträchtliche und für die EU-Energiediversifizierung notwendige Ressourcen verfügen. Denn ohne den Zugang zu diesen Ressourcen ist die Rentabilität einer südlichen Energiertasse nur schwerlich zu realisieren. Die entscheidende Frage also ist, ob die EU eine Strategie für solch ein Vorgehen konzipiert hat.

Im Folgenden wird aufgezeigt, dass eine *policy-agenda* erkennbar ist, die einem strategischen Vorgehen zur Rohstoffsicherung im kaspischen Raum als Leitlinie dient, in dem das ENP-Instrument eine Funktion ausfüllt.

Die EU befindet sich mit den beiden Ländern Kasachstan und Turkmenistan bereits in fortgeschrittenen Verhandlungen über Energiezulieferungen für Pipelineprojekte. So wurde im Jahr 2006 ein MoU zwischen der EU und Kasachstan unterzeichnet, das unter anderem vorsieht, dass die EU und Kasachstan eine Kooperation zur Verbesserung der Infrastruktur für Energietransfers Richtung EU eingehen (Europäische Kommission 2006c). In diesem Kontext werden explizit „hydrocarbon resources“ für den EU-Markt genannt. Auch mit Turkmenistan wurde ein MoU im Jahr 2008 zur Energiekooperation abgeschlossen (Europäische Kommission 2008b). Um diesen Absichtserklärungen möglichst schnell Tatsachen folgen zu lassen, ist die politische Unterstützung der EU für die Trans-Caspian Pipeline, für Erdgas als auch eventuell für Erdöl, nicht weiter verwunderlich (Piebalgs 2006 o.S.), weil sie zwar nicht eine zwingende Voraussetzung für den Energietransfer Richtung Westen ist, ihn aber wesentlich vereinfachen würde.¹³

Ob die Länder Kasachstan und Turkmenistan tatsächlich ihre Entscheidungen, Energie Richtung EU zu transferieren, dadurch beeinflussen lassen, dass die südkaukasischen Länder in der ENP sind, lässt sich nicht belegen. Dies zu beweisen ist aber auch nicht nötig. Vielmehr geht es darum, ob anhand von Dokumenten der EU erkennbar ist, ob sich die EU mit Hilfe der ENP in einer Situation sieht, in dem die Möglichkeit wahrscheinlicher ist.

Ein erstes zentrales Dokument zu einer nachhaltigen Energiepolitik stellt das Grünbuch der Europäischen Kommission aus dem Jahr 2000 dar. Bereits dort wurden Aserbaidschan, Kasachstan und Turkmenistan als Förderländer identifiziert, deren potentielle Einbindung in eine europäische Energiearchitektur durch das INOGATE und TRACECA Programm genannt wurde (Europäische Kommission 2000: 84). Es lässt sich also festhalten, dass diese drei Länder weit vor der Implementierung der ENP im Fokus der Energieversorgungssicherheit der EU lagen. Dass diese Einschätzung der Rolle der drei Länder für die europäische

¹³ Für die Einspeisung turkmenischen Erdgases ist eine Pipeline allerdings Voraussetzung, da die Umwandlung in LNG für den Transport über das Kaspische Meer und eine darauffolgende Rückumwandlung für die Einspeisung (bisher) wirtschaftlich nicht realisierbar ist.

Energieversorgungssicherheit auch bei der Ausgestaltung der ENP vorhanden war, lässt sich anhand weiterer offizieller Dokumente belegen.

Die im Jahr 2003 vorgelegte ESS definierte erstmals den Südkaukasus als relevante Region für die EU. Zwar wurde in diesem Kontext kein direkter Link zur Energierolle der Region gezogen, doch die Rolle der Energiesicherheit für die EU wurde logischerweise aufgenommen. Das Dokument, in dem die zwei Begriffe Energie im südkaukasischen beziehungsweise kaspischen Raum und ENP im selben Kontext genannt werden, war das offizielle Strategiepapier zur ENP im Jahr 2004 (Europäische Kommission 2004a). Dort heißt es über den südlichen Kaukasus: *„Cooperation should also be developed in the area of energy, as the Southern Caucasus is an important region both for the production (the Caspian basin) and the transit of energy.“* Weiterhin heißt es allgemein über die Ausarbeitung der Energiekomponente in der ENP, dass: *„Action Plans will contain concrete steps to increase energy dialogue and co-operation“* (Europäische Kommission 2004a: 11ff).

Dass wenige Monate nach der Vorstellung des Strategieberichts im Dezember 2004 die Baku-Initiative ins Leben gerufen wurde, in der die Europäische Kommission als *Agent* der EU fungierte, scheint zeitlich wie inhaltlich der verstärkten Formulierung von EU-Interessen in der Region übereinzustimmen.¹⁴ Denn ein wesentlicher Punkt muss hier festgehalten werden: Die Implementierung der ENP ist ein fließender Prozess gewesen, der mit der Adaption der Aktionspläne in jedem teilnehmenden Land seine Umsetzung fand. Durch die Tatsache, dass die drei südkaukasischen Länder ihre Aktionspläne am 14.11.2006 adaptierten und die Länderberichte im März 2005 vorgelegt wurden, bestand ein Zeitfenster von anderthalb Jahren. Dies bedeutet, dass die Europäische Kommission theoretisch über ein Jahr Zeit hatte, die Aktionspläne so zu gestalten, dass sie zwei Zielen Rechnung trug: Erstens, konkrete Schritte zur Ausweitung des energiepolitischen Dialogs, wie das im Strategiepapier der Europäischen Kommission zur ENP vorgesehen war. Zweitens, wie es die Baku-Initiative als Ziel formuliert, dass *„... facilitate the progressive integration of the energy markets of this region into the EU market as well as the transportation of the extensive Caspian oil and gas resources towards Europe,(...)“* (Europäische Kommission 2006b). Dass energiepolitische Aspekte dann tatsächlich ihren Weg in die Aktionspläne gefunden haben, erscheint naheliegend.

Auch das Europäische Parlament wusste um das Energiepotential einzelner ENP-Länder. So wurde 2005 zur Begründung der ENP unter anderem geschrieben, dass *„...Manche ENP-Partnerländer, wie Aserbaidschan und Algerien, haben reiche Energievorkommen. In dem Bericht wird festgestellt, dass die Partnerländer oftmals entweder Förderländer oder Transitländer für Öl und Gas sind. Daher sollten die Energiepolitik und die Energiesicherheit der EU einen Grundpfeiler des ENP bilden“* (Europäisches Parlament 2005).

Es ist bemerkenswert, dass in diesem Kontext das Europäische Parlament in einer Erklärung zur Stärkung der Nachbarschaftspolitik aus dem Jahr 2007 sogar indirekt eine Aufnahme Kasachstans in die ENP vorgeschlagen hat (Europäisches Parlament 2007). Ob man

¹⁴ Im Kontext der neu angeregten Foren und Initiativen, die sich mit der Energiepolitik des kaspischen Raumes befassen, könnte man auch noch die im Jahr 2007 gegründete Schwarzmeersynergie nennen. Obwohl sie sich thematisch nicht mit dem kaspischen Becken befasst, sind die drei Südkaukasusländer Teil dieser Initiative.

dies als Antwort auf Äußerungen aus Kasachstan deuten kann, das bereits im Jahr 2006 selbst mit einer Aufnahme in die ENP kokettiert hat (Bundestag 2006: 3), bleibt spekulativ.

Man kann daher die Formulierung des zweiten Energiegrünbuchs der Europäischen Kommission aus dem Jahr 2006 als logische Konsequenz der hier genannten Dokumente verstehen. In diesem Strategiepapier, in dem erstmals der Begriff Energieaußenpolitik fällt, werden als Schlüsselbegriffe Nachhaltigkeit, Wettbewerbsfähigkeit und Versorgungssicherheit genannt. Dort heißt es unter der Entwicklung einer europaweiten Energiegemeinschaft: *„Im Einklang mit der Europäischen Nachbarschaftspolitik und ihren Aktionsplänen (...) arbeitet die EU seit einiger Zeit an der Erweiterung ihres Energiemarktes, um ihre Nachbarn einzubeziehen und sie schrittweise an den EU-Binnenmarkt heranzuführen.“* (Europäische Kommission 2006e: 18).

Die Frage, ob denn eine *policy-agenda* erkennbar ist, die einem strategischem Vorgehen zur Rohstoffsicherung im kaspischen Raum als Leitlinie dient und in dem das ENP-Instrument eine Funktion ausfüllt, lässt sich nach den hier genannten Dokumenten bejahen.

Der aber bei weitem stichhaltigste Beweis für die inhärente Funktion der ENP findet sich in den Aktionsplänen wieder. Dort wird so explizit und deutlich von deren Rolle als Energielieferant beziehungsweise als Transitland gesprochen, so dass kein anderer Schluss argumentativ Stand halten würde.

Es lässt sich also festhalten, dass die EU willens ist, ihr Energieportfolio zu diversifizieren, dies auch unter Einbeziehung des kaspischen Raumes und dort mit dem Einsatz von erheblichen Mitteln versucht, Einfluss auszuüben. Dass der kaspische Raum über ein Energiepotential verfügt, welches das Erreichen dieses Ziel plausibler macht, wurde ausführlich dargelegt. Man muss sich aber auch vergegenwärtigen, dass der kaspische Raum und seine Energieressourcen nicht ausreichen werden, um eine Unabhängigkeit gegenüber einzelnen Energielieferanten zu gewinnen.

Die geostrategische Relevanz der Region verdeutlicht sich, wenn man bedenkt, dass Pipelineprojekte die in Zukunft auch Energie aus Iran, Katar und Irak beziehen sollen, sich zunächst nur mit kaspischen Energieressourcen realisieren lassen.

In diesem Kontext ist auch das MoU zwischen der EU und dem Irak aus dem Jahr 2010 zu verstehen, in dem eine energiepolitische Partnerschaft angestrebt wird (Europäische Kommission 2010d). Denn eines scheint gewiss: Eine weit gefächerte Diversifikation gelingt nur unter der Einbeziehung anderer energiereicher Regionen. Mit diesem Wissen wird auch auf anderen Märkten der Ausbau von Energieimporten vorangetrieben. Hier ist sicherlich der afrikanische Erdgasmarkt zu nennen. So wird im Energiegrünbuch 2006 neben dem kaspischen Raum eben der afrikanische Raum erwähnt und die Forderung dort mit einer Ausweitung der LNG-Nutzung zur Diversifikation beizutragen. So wird dies in den Maghreb ENP-Ländern auch vorangetrieben (Europäische Kommission 2006d: 10). Denn ein weiterer Punkt ist der EU und der Europäischen Kommission sicherlich bewusst: Dass die Länder Kasachstan und Turkmenistan, die eine zentrale Rolle beim Zugang der Energieressourcen im kaspischen Raum spielen, zwar bereit sind mit der EU zu kooperieren, aber gleichzeitig massiv in der Energieaußenpolitik anderer Akteure eine wichtige Rolle darstellen.

4. Autonomiegewinne der EU in der Region

Der modifizierte Neorealismus prognostiziert bei einer Bilateralisierung gegenüber schwächeren Staaten einen gleichzeitigen Autonomie- und Einflussgewinn, wobei sich die Gewinne nicht auf denselben Staat beziehen müssen (Baumann et al. 1998: 13). In diesem Fall verstärkt die EU mit Hilfe der ENP ihren Einfluss auf die drei Südkaukasusländer bei gleichzeitigem Autonomiegewinn gegenüber Russland.

Der Einflussgewinn basiert auf dem konditionalen Faktor der ENP, als einen der zentralen Schlüsselmechanismen der ENP. Durch die Tatsache, dass Gelder aus dem Finanzierungsprogramm ENPI vermehrt dazu eingesetzt werden, Projekte aus den „Action-Plans“ umzusetzen (Wissels 2006: 7), entsteht die Möglichkeit durch die in den „Action-Plans“ gesteckten Ziele, die vornehmlich von der EU diktiert werden (Lynch 2006: 157), Einfluss auf nationale wie internationale Entscheidungsträger zu nehmen.

Im Fall des Autonomiegewinns gegenüber Russland, lässt sich dieser auf den Energiesektor begrenzen, welcher aber an Bedeutsamkeit für die EU schwer zu verorten ist. Der Zugang zu den Energieressourcen am kaspischen Raums und den daraus zu erwartenden weiteren Möglichkeiten der Diversifizierung des Energieportfolios der EU bricht oder mindert zumindest die starke Importabhängigkeit von Energieträgern der EU aus Russland.

Diesem Autonomie- und Einflussgewinn nach dem modifizierten Neorealismus ist aber noch eine weitere relevante Tatsache inhärent die untersuchungswürdig ist: Dass die relative Sicherheitsbedrohung der EU durch andere Akteure mit Ambitionen in der Region als ein abschätzbares Risiko angesehen wird und, unter Abwägung aller relevanten Daten, einer fortschreitenden Machtpolitik in der Region nicht im Weg steht. Wie aber lässt sich diese Tatsache erklären? An dieser Stelle spielen die intervenierenden Variablen eine exponierte Rolle.

Zunächst soll das Verhältnis der EU mit der Türkei untersucht werden. Allein aus der Tatsache resultierend, dass die Türkei nach wie vor die Mitgliedschaft der EU anstrebt und es vielfältige bilaterale Abkommen, sowie eine starke wirtschaftliche Kooperation gibt, konnte die relative Sicherheitsbedrohung durch die Türkei als minimal angesehen werden. Deshalb musste die EU nach der Logik des modifizierten Neorealismus keine Rücksicht auf die Türkei bei ihrer Einflusspolitik im Südkaukasus nehmen.

Anders sieht es gegenüber dem Iran aus. Das angespannte Verhältnis zwischen dem Iran und der EU (die sich bereits 2004 bei den Verhandlungen zur Lösung des iranischen Nuklearprogramms beteiligten) musste die EU bei den Überlegungen zur Aufnahme der Südkaukasusländer in die ENP mit in Betracht gezogen haben. Dem traditionellen Neorealismus folgend, hätte die EU nicht unbedingt die drei Länder in die ENP aufgenommen, da sich der Iran durch die Einflussnahme der EU in seiner unmittelbaren Nachbarschaft bedroht gefühlt haben könnte. Direkte Spannungen bis hin zur militärischen Konfrontation des Iran mit einem der drei Länder hätten nicht ausgeschlossen werden können. Damit wäre unter Umständen ein regionaler Konflikt entstanden, in den sich die EU zum Eingreifen gezwungen gesehen hätte.

Der Grund, warum die EU in der relativen Sicherheitsbedrohung durch den Iran kein Hinderniskriterium sah, ist mit der technologischen und ökonomischen intervenierenden Variable zu erklären. Der Iran hatte im Jahr 2003 ein GDP *per capita* von 7000 Dollar (CIA World Factbook 2004), was gleichbedeutend mit einem *upper middle income* nach den Kriterien der Weltbank ist. Damit kann man den Iran als Schwellenland zur Industrienation verorten. Nach Baumann/Rittberger/Wagner ist damit die Gefahr, dass der Iran einen militärischen Konflikt anstrebt, als recht gering anzusehen. Aber die vermutlich relevantere Konstellation ergibt sich aus dem modifizierenden Effekt der technologischen intervenierenden Variable: Aufbauend auf Glenn Snyders Ansatz, über die modifizierende Wirkung von Nuklearwaffen auf das Sicherheitsdilemma, lässt sich folgern, dass der einseitige Besitz von Nuklearwaffen die EU militärisch unantastbar für den Iran macht, und dadurch eine Einflusspolitik der EU in der Region und somit vor den Grenzen des Irans realisierbar wurde.

Wenn man die Situation der USA betrachtet, kommt man zu keinem Ergebnis. Dies aus dem einfachen Grund, weil die USA bei der Implementierung der ENP kein politisches Interesse an dem Nachbarschaftsinstrument zeigten (Rynning/Pihlkjaet Jensen 2008: 3/7). Dies bedeutet, dass für die Überprüfung das Kriterium fehlt, das die USA sich gegen die ENP ausgesprochen hat. Dies ist bei den USA entgegen der Türkei und dem Iran relevant, da die EU gegenüber den beiden Nachbarländern in jeder aussagekräftigen Kategorie wie Waffentechnologie, GNP, Einwohnerzahl, Fläche etc. um ein vielfaches mächtiger war. Bei einem in diesen Kategorien paritätischem Widersacher wie den USA, wäre die Aussagekraft, die ENP gegen den Widerstand der USA trotzdem zu implementieren ungleich stärker.

Diametral verschieden war die Situation mit Russland. Russland lehnte die Teilnahme an der ENP ab, weil das Kernelement der ENP, die „Action-Plans“, quasi inhaltlich von der EU diktiert werden und damit wenig von einer gemeinsamen Verantwortung beinhalten (Lynch 2006: 157f). Für diese Art von bilateralem Verhältnis war Russland nicht bereit. Nun stellt sich die Frage, wie es trotzdem zur Aufnahme des Südkaukasus in die ENP kommen konnte, wenn eine nukleare Großmacht das Prinzip der ENP ablehnt, und dieses Instrument auch noch in einer nach dem russischen Selbstverständnis originären sicherheitsrelevanten Region vor den eigenen Grenzen eingesetzt wurde. Zunächst muss festgehalten werden, dass nach dem traditionellen Neorealismus die Wahrscheinlichkeit als relativ hoch angesiedelt werden müsste, dass die EU auf diese Art der Einflusspolitik verzichtet hätte, da Russland dies als Einmischung in seine unmittelbare Interessensphäre hätte deuten können und auf diese Bedrohung mit einer autonomiesteigernden Politik gegenüber der EU reagiert hätte. Dies hätte die Beendigung von Abkommen, Energieexporten oder Ähnlichem mehr nach sich ziehen können. Doch nichts dergleichen geschah. Hier untermauert die geographische intervenierende Variable des modifizierten Neorealismus seine Aussagekraft. Die geographische intervenierende Variable modifiziert das Bedrohungsszenario, wenn ein Akteur mit einem mächtigen oder mächtigeren Akteur schon lange kooperative Politik betreibt, als Verbündeter angesehen werden kann und damit das Bedrohungsszenario reduziert.

Wenn hier also bewiesen werden könnte, dass zwischen der EU und Russland eine politische wie wirtschaftliche Interdependenz gegeben war, würde dies darauf hinweisen, dass der modifizierende Effekt der geographischen intervenierenden Variable tatsächlich eine Rolle bei der Aufnahme der Südkaukasusländer in die ENP gespielt haben könnte. Um dies zu

untersuchen, sollen drei Indikatoren herangezogen werden, die bei einer positiven Bewertung ein überwiegend kooperatives Verhältnis zwischen der EU und Russland zeichnen würden. Aus wirtschaftlicher Sicht soll der FDI von der EU Richtung Russland und der prozentuale Anteil des EU-FDI in Russland dienen. Ein weiterer Indikator ist die inhaltliche Dimension des PKA zwischen der EU und Russland. Und als letzten Punkt sollen etwaige militärische Rahmenabkommen und gemeinsame militärische Projekte diskutiert werden.

Bei der wirtschaftlichen Verflechtung sind zwei Zahlen ausschlaggebend, die eine starke wirtschaftliche Interdependenz beweisen: Zum einen lag 2010 der Anteil von EU-Produkten bei russischen Importen bei 43,1% und zum anderen der Anteil russischer Exporte in die EU bei 49,4% (Europäische Kommission 2012d: 6). Dass umgekehrt eine starke Abhängigkeit der EU an russischen Energieträgern besteht, wurde bereits verdeutlicht. Im Jahr 2005 war der Anteil der EU am FDI in Russland bei 78,7% (OECD 2008: 14) und damit war die EU mit Abstand größter Devisen- und Technologieexporteur nach Russland.

Nachdem Russland die Teilnahme an der ENP abgelehnt hatte, wurde bereits im Mai 2003 eine erweiterte und engere Partnerschaft unter dem Namen *Common Economic Space* angestrebt (Europäische Kommission 2012c: o.S.), um auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Zusammenarbeit Hindernisse abzubauen und eine noch engere Kooperation zu erreichen. In diesem Zeitraum wurde auch das gemeinsame Bestreben zum Ausdruck gebracht, dass Russland der Zugang zur WTO ermöglicht wird. Dies wurde in einem eigenen Abkommen ausformuliert und festgehalten (Europäische Kommission 2004b). Diese Vereinbarungen, die neben dem Grundpfeiler der bilateralen Verhältnisse, dem PKA, auf den Weg gebracht wurden, zeugen von einem engen Verhältnis und von gegenseitigem Respekt, was die wirtschaftliche aber auch kulturelle Zusammenarbeit anbelangt.

Der letzte Punkt soll sich mit der militärischen Zusammenarbeit befassen. Dabei konnte kein nennenswerter Handel mit Waffensystemen in den Jahren 2003/2004 festgestellt werden. Die beiden anderen intervenierenden Variablen spielen hier eine untergeordnete Rolle. Bei den technologischen Faktoren ist dies durch die nukleare Parität bedingt und bei den ökonomischen Faktoren wird eine territoriale Expansion eben auch durch die nukleare Parität hinfällig.

Wenn man nun die vor allem auf wirtschaftlicher Interdependenz, und weniger auf militärische Kooperation, basierende Kooperation zwischen der EU und Russland betrachtet, erscheint es naheliegend, dass der modifizierte Neorealismus auch im Falle Russlands, und damit bei vermeintlich allen Akteuren mit eigenen Interessen in der Region¹⁵, bei der Implementierung der ENP im Südkaukasus als theoretischer Erklärungsrahmen dienen kann.

¹⁵ Die Länder China, Indien und Japan verfolgen im Südkaukasus keine ambitionierten energiepolitische Ziele und werden deswegen hier nicht einzeln aufgeführt.

5. Beurteilung der ENP und Ausblick

Obwohl in der Außendarstellung der EU der Eindruck beibehalten werden soll, dass die EU zunächst einer werteorientierten Außenpolitik folgt, ist in dieser Arbeit deutlich geworden, dass die EU bei ihrer Außenpolitik in der Südkaukasusregion, die sie über die ENP formuliert, primär eigene Ziele verfolgt.

Das Bild, das in dieser Arbeit über die ENP generiert wurde, konterkariert die an sich logischen Strukturen der ENP. So ist zunächst das Prinzip einer auf Konditionalität beruhenden Nachbarschaftspolitik ein in sich schlüssiges und kohärentes Verfahrensmuster. Nur verliert dieses Prinzip an Glaubwürdigkeit, wenn die Auslegung der Konditionalität primär an eigene Interessen gebunden ist. So wird dieser Ansatz, der tatsächlich in der Lage ist, erheblich auf die Entwicklung der ENP-Länder einzuwirken, dem Anspruch eines übergeordneten werteorientierten Funktionsmechanismus innerhalb der ENP nicht gerecht. Vielmehr muss man befürchten, dass man außerhalb der EU den Eindruck gewinnt, dass die konditionale Auslegung der Nachbarschaftshilfe ein Vorgehen der EU darstellt, welches dazu benutzt wird, innerhalb der ENP eigene Interessen durchzusetzen. Und die Tatsache, dass die ENP einen ausgeprägten bilateralen Charakter besitzt, verstärkt diese Gefahr. Einerseits erscheint es logisch, dass die Eigenheiten jedes Landes in die Ausarbeitung der Aktionspläne aufgenommen werden. Doch andererseits ebnet diese Ausarbeitung für die EU Wege, den Ordnungsfaktor „werteorientierte Konditionalität“ aufzuweichen und anzupassen.

Dabei beruht die Möglichkeit einer konsistenten Nachbarschaftspolitik zunächst auf der Tatsache, dass die EU als eigenständiger Akteur in den internationalen Beziehungen definiert werden muss. Überdies konnte aufgezeigt werden, über welches enorme Potential die EU theoretisch als internationaler Akteur verfügt. Dieses Potential basiert auf wirtschaftlicher Stärke (siehe Tabelle 1. Bei dieser Einschätzung können potentielle Folgen der europäischen Währungskrise nicht beachtet werden). Der zweite wesentliche Faktor ist die militärische Leistungsstärke der EU. Auch wenn sich dahinter viele nationalstaatliche Armeen verbergen, war die EU zurzeit der ENP-Implementierung nach den Vereinigten Staaten mit Abstand der leistungsstärkste militärische Akteur weltweit. Die Entwicklung zu einem eigenständigen Akteur war ein fortlaufender Prozess der sich über mehrere Jahrzehnte erstreckte, demnach kann trotz aller heutigen Probleme innerhalb der EU davon ausgegangen werden, dass der Prozess einer wirtschaftlichen wie außen- und sicherheitspolitischen Integration weiterhin stattfindet. Diese Erkenntnis, dass man die EU überhaupt als Akteur der internationalen Beziehungen mit relativ großen Machtressourcen definieren muss, ist deswegen bedeutsam, weil sie dadurch überhaupt erst in die Lage versetzt wird, im Südkaukasus ihre Interessen zu artikulieren. Denn die Etablierung der Region des Südkaukasus als eine wichtige Region für die EU in den internationalen Beziehungen, wurde in Hinblick auf die Energieversorgungssicherheit der EU deutlich.

Dass allgemeine wirtschaftliche Faktoren oder auch Sorgen um die Demokratieentwicklung in der Südkaukasusregion für die EU und ihrer Politik eine Rolle spielten und auch weiterhin wichtige Faktoren sind, soll nicht aus der Betrachtung fallen. Doch rechtfertigen sie weder einzeln, noch zusammen, die Aufnahme der Südkaukasusländer in die ENP. Der primäre Grund ist, in den Energievorkommen der Region zu suchen. Dabei geht es zunächst

um den direkten Zugang zum kaspischen Raum als Energielieferant, aber in einem weiteren Kontext um die Etablierung einer Infrastruktur, die es ermöglichen soll, Energie über den kaspischen Raum hinweg zu beziehen.

In diesem Kontext muss vor allem die Rolle Russlands und seine „*near abroad politics*“ betrachtet werden. Zum einen als Akteur mit deutlich sicherheitsorientierten Interessen in der Region und zum anderen als Energielieferant der EU. Die Maßnahmen, die Russland bis zum heutigen Tag unternimmt, die Energiehoheit in der Region zu bewahren, sind genannt worden. Der gleichzeitige Ausbau der EU auf dem Energiesektor der Region ist ein deutlicher Hinweis darauf, wie ernst es den beiden Akteuren ist, einen möglichst großen Einfluss auf die Länder und deren Energiepolitik zu etablieren. Diese Erkenntnis erklärt auch die ablehnende Haltung Russlands gegenüber der ENP per se und neuerdings auch gegenüber der Östlichen Partnerschaft (Schäffer/Tolksdorf 2009: 3). Dabei lohnt sich ein genauere Blick auf die Östliche Partnerschaft.

Warum wurde die Östliche Partnerschaft gegründet? Zu aller erst muss vergegenwärtigt werden, dass die EU nicht bereit ist, universalistische Ziele aufzuzeigen und auf diesen zu beharren, sondern differenziert äußerst präzise ihre Nachbarschaft und implementiert in der Ausdifferenzierung von Aktionsplänen, Assoziierungsabkommen sowie Partnerschafts- und Kooperationsabkommen ihre Interessen. Und mit der Östlichen Partnerschaft wird die Idee eines einheitlichen Instruments für die Außenpolitik mit Nachbarschaftsländern sowie Nachbarschaftsregionen bereits wieder ad acta gelegt. Offiziell werden mehrere Gründe für die Entwicklung der Östlichen Partnerschaft genannt. Neben dem Potential auf dem Energiesektor, das die Länder für die EU in Zukunft einnehmen könnten, werden auch sicherheitspolitische Erwägungen genannt. Ein weiterer Aspekt ist die wirtschaftliche Kooperation der Länder mit der EU. Auch werden weitere Punkte wie Umweltschutz und sektorale Reformbemühungen, wie Demokratieförderung und *good governance* als Gründe aufgeführt.

Was kann die Östliche Partnerschaft, was die ENP nicht leisten kann? In der offiziellen Pressemitteilung des Rates der Europäischen Union heißt es in der gemeinsamen Erklärung des Prager Gipfeltreffens zur Östlichen Partnerschaft: „*The main goal of the Eastern Partnership is to create the necessary conditions to accelerate political association and further economic integration between the European Union and interested partner countries*“ (Europäischer Rat 2009b: 6).

Wie sich konkret eine politische Assoziierung darstellen soll, bleibt vage. Aber eine weitere wirtschaftliche Integration mit Freihandelsabkommen, die bei der Ausarbeitung der bilateralen Verhältnisse formuliert werden könnten, erscheint wesentlich fokussierter und ausdifferenzierter.

Es erscheint paradox, dass die auf Konditionalität beruhenden ENP-Aktionspläne der Südkaukasusländer konterkariert werden, indem die Östliche Partnerschaft kreiert wird. Denn, obwohl die „Freedomhouse“-Indizes beweisen, dass die drei Länder des Südkaukasus in einem vermeintlich originären Interessensgebiet der EU, der Förderung der Demokratie und des *good governance*, sich seit der Aufnahme in die ENP nicht verbessert haben, werden sie mit der Östlichen Partnerschaft hofiert. Dabei spielt vermutlich der zusätzliche Finanzierungsrahmen von 600 Mio. Euro in den Jahren 2010 bis 2013 nicht die entscheidende

Rolle. Vielmehr erweckt es den Eindruck, dass die EU gewillt ist, den Ländern der Östlichen Partnerschaft die Komplikationen und Hindernisse, die es bis zur Implementierung von Freihandelszonen geben kann, zu ersparen. Die jahrelange Unterstützung der EU für den WTO-Beitritt Aserbaidschans – der Voraussetzung für ein FTA ist – überrascht in diesem Zusammenhang nicht.

Es wird in der Wissenschaft teilweise argumentiert, dass das primäre Ziel der Östlichen Partnerschaft die Einbindung der Ukraine in westliche Strukturen verfolgt (zum Beispiel Stewart 2009, o.S.). Dies mag sicherlich auch einen Grund darstellen, doch widerlegt es nicht den Ansatz, dass die EU mit Hilfe der ENP, beziehungsweise auch der Östlichen Partnerschaft eine „Geopolitik durch Integration“ ausübt. Denn die Östliche Partnerschaft schließt entgegen der ENP eine Mitgliedschaft in der EU nicht kategorisch aus! Es wurden zwar mündliche Statements vernommen, die eine Vollmitgliedschaft nicht in Aussicht stellen, doch es finden sich, im Gegensatz zu den offiziellen Dokumenten zur ENP, keine Anhaltspunkte in offiziellen Dokumenten zur Östlichen Partnerschaft, in denen explizit eine Mitgliedschaft in der EU, ausgeschlossen wird.¹⁶ Ob die Östliche Partnerschaft tatsächlich initiiert wurde, um ein effektiveres Instrument als die ENP zur Verfügung zu haben, um mit Ländern, die formal in 10 bis 15 Jahren für eine Vollmitgliedschaft in der EU bereit sein könnten, zu interagieren, ist trotz genannter Argumente wenig überzeugend (Schäffer/Tolksdorf 2009: 1).

Zunächst wird mit der Östlichen Partnerschaft eine neue Generation von Assoziierungsabkommen geschaffen, die neben einer weitreichenden Integration in die EU-Wirtschaft auch verbesserte Vereinbarungen im Bereich der Energieversorgung vorsehen. Dabei sollen mit den Ländern Armenien, Aserbaidschan, Weißrussland, Georgien, Moldawien und Ukraine die Art von Assoziierungsabkommen abgeschlossen werden, die in der Natur den Abkommen gleichen, mit denen die Staaten aus Mittel- und Osteuropa auf ihren späteren EU-Beitritt an die EU herangeführt wurden (Tiede/Schirmer 2009: 187). Obwohl eine Beitrittsperspektive in absehbarer Zeit ausgeschlossen wurde, geht es bei der Integration der Länder auch die Orientierung am *acquis communautaire* (Tiede/Schirmer 2009: 190).

Diese Tatsachen haben mehrere Konsequenzen. Für die These, dass die EU bei den drei Südkaukasusländern „Geopolitik durch Integration“ betreibt, bedeutet es, dass man diese Frage bejahen muss. Denn ein bisher bestehender Grund, sich eventuell Forderungen der EU zu verweigern, war die relative Perspektivlosigkeit, eine Vollmitgliedschaft in der EU zu erlangen. Wenn nun aber diese Barriere nicht mehr besteht, wäre es aus einem rationalen Politikverständnis äußerst fragwürdig eine eventuelle Vollmitgliedschaft – was mit dem Vertrag von Lissabon einer Sicherheitsgarantie gleichkommt – in der EU zu riskieren, indem Forderungen seitens der EU nicht nachgekommen wird. Dies bedeutet für die EU, dass durch die reine Aussicht auf eine Mitgliedschaft, oder nur den offiziellen Status eines Beitrittskandidaten, die Möglichkeit eigene Interessen durchzusetzen, enorm an Durchsetzungskraft gewinnt.

Der Ansatz „Geopolitik durch Integration“ formuliert demnach nicht die eigenen wirtschaftlichen Interessen der EU, welche die Aufnahme der drei Länder in die ENP rechtfertigt-

¹⁶ Im dem maßgeblichen Dokument der Europäischen Kommission (2008c) an das EP und den Rat wird die Thematik der Mitgliedschaft in der EU nicht erwähnt.

te, sondern aus einem (modifiziert) neorealistischen Kosten-Nutzen-Kalkül, die Einbindung der drei Länder in eine Art Abhängigkeitsverhältnis. Und die fortlaufenden Anreize, die es benötigt, um solche Abhängigkeiten aufrechterhalten zu können, werden immer weiter kreiert. Waren es anfangs Assoziationsabkommen oder Partnerschafts- und Kooperationsabkommen, wurde es die ENP und darauf folgt nun für die osteuropäischen Länder die Östliche Partnerschaft mit einer neuen Variante von Assoziationsabkommen. Der Gedanke, dass die EU versucht, Machtpolitik in ihrer Nachbarschaft durch eine „Geopolitik durch Integration“ durchzusetzen, erscheint mehr als plausibel.

Die Formulierung von einem Abhängigkeitsverhältnis, das weiter unterlegt werden will, klingt wenig erbaulich. Deswegen soll nochmals die Frage nach den Gründen der Östlichen Partnerschaft gestellt werden. Denn alles was die Östliche Partnerschaft bieten kann, kann die ENP ebenfalls – bis auf eine hypothetische Beitrittschance. So könnte man die Frage stellen, warum es als Pendant keine Südliche Partnerschaft gibt.¹⁷ Das Argument, dass durch das Mittelmeer als natürliche Grenze, vor allem im Maghreb, sicherheitsrelevante Entwicklungen und Probleme anders darstellen, als der geographisch wesentlich weiter entfernte Südkaukasus, scheint konstruiert. Auch das Argument, dass die Länder der Östlichen Partnerschaft juristisch gesehen nach Art. 49 des EU-Vertrags jederzeit eine Mitgliedschaft der EU beantragen können, und daher die Länder der Östlichen Partnerschaft ein abgegrenztes Instrument gegenüber den restlichen ENP-Ländern benötigt, scheint wenig überzeugend. Da die ENP den starken bilateralen Charakter hervorhebt, hätte eine Ausdifferenzierung in ENP-Länder, die eventuell nach Art. 49 des EU-Vertrags doch Mitglied der EU werden könnten, keine großen Schwierigkeiten machen dürfen.

Stringenter lässt sich aus einer modifiziert neorealistischen Betrachtungsweise argumentieren. Die Einflussmöglichkeiten der EU sind im Osten Europas, und vor allem im Südkaukasus, wesentlich höheren Gegeninteressen anderer Akteure ausgesetzt, als dies zurzeit im Maghreb der Fall ist. Daher erscheint es rational, dass die EU gegenüber diesen Ländern verstärkt versucht, die Anbindung an EU orientierte Verfahren zu beschleunigen, um durch die Integration ihre Einflussosphäre abzusichern.

Mit diesen Hintergedanken erscheint es vielmehr der Fall, dass mit der Weiterentwicklung der ENP dem Ansatz der „Geopolitik durch Integration“ Vorschub geleistet wird. Doch konkretisiert allein die Tatsache, Weißrussland in die Östliche Partnerschaft zu integrieren, den vermeintlich normativen Charakter der Östlichen Partnerschaft und somit auch der ENP. Die Argumentation, dass man mit der Teilhabe Weißrusslands direkteren Zugang zu diesem Land und somit auch positiven Einfluss auf Menschenrechte und andere Grundfreiheiten erlangt, ist fragwürdig. Fragwürdig deswegen, weil, wie bereits erwähnt wurde, sich die „Freedomhouse“-Werte während der ENP-Mitgliedschaft in den südkaukasischen Ländern verschlechtert haben.

Die EU kann aus einer normativ geprägten Haltung die Östliche Partnerschaft nicht ohne weiteres rechtfertigen. Denn obwohl viele Indikatoren aufgrund von mangelnden Fortschritten bei der Demokratisierung und des *good governance* einer Ausweitung der europäischen

¹⁷ Die Mittelmeerunion entspricht nicht einem gleichwertigen Gegenstück zur Östlichen Partnerschaft, da es weder institutionell wie finanziell in vergleichbarer Weise durch die EU gefördert wird.

Zuwendungen widersprechen sollten, wird der Schritt der immer weiterreichenden Integration wie im Falle Weißrusslands fortgeführt.

Diese Fortführung ebnet eine argumentative Stringenz des „Geopolitik durch Integration“-Ansatzes. Eine postulierte normenorientierte Nachbarschaftspolitik muss einem geostrategischem Vorgehen der EU weichen. Denn das Bedürfnis der EU, in der Region Einfluss auszuüben und auszubauen, rechtfertigte auch die Aufnahme Weißrusslands in die Östliche Partnerschaft. Die Weiterentwicklung der ENP zur Östlichen Partnerschaft bestätigt die Kernaussage dieser Arbeit: Die EU benutzt die ENP im Südkaukasus als ein Macht- und Einflussinstrument. Und obwohl diese Tatsache in einem gewissen Grad von der EU vorgeesehen war, ist die Ausdifferenzierung und Gewichtung erstaunlich.

Denn was für Konsequenzen hat die Teilnahme Weißrusslands an der Östlichen Partnerschaft? Sie bedeutet, dass die EU den konditionalen Aspekt ihrer Nachbarschaftspolitik ad absurdum führt. Ebenso wurde mit der Östlichen Partnerschaft ein Instrumentarium geschaffen hat, das für sechs Länder konzipiert wurde. Davon sind vier für die Energieversorgungssicherheit der EU relevant und drei Länder im Südkaukasus für die Erschließung neuer ressourcenreicher Regionen von Bedeutung. Um dies zu erreichen, wird der ursprüngliche Gedanke eines einheitlichen und kohärenten Nachbarschaftsinstruments verworfen. Vielmehr kann man konstatieren, dass der Nachbarschaftspolitik der EU im Moment ein normativer *policy*-Überbau abgesprochen werden muss. In diesem Zusammenhang erscheint die Umschreibung, dass die europäische Außenpolitik einen *neorealistic turn* vollzieht, nachvollziehbar.

Doch in wie weit konnte der hier verwendete theoretische Ansatz den *neorealistic turn* in der europäischen Außen- und Nachbarschaftspolitik erklären? Um dies aufzuzeigen, müssen die drei entscheidenden Prämissen des modifizierten Neorealismus anhand dieser Arbeit genannt werden. Erstens, Akteure Streben nach Macht. Zweitens, Akteure handeln rational. Und drittens, die Relativierung des Sicherheitsdilemmas durch die intervenierenden Variablen.

Das Rationalitätsprinzip erklärt die Aufnahme der südkaukasischen Länder in die ENP weniger über die wirtschaftliche Dimension oder die Befürchtung vor *failed states*, als vielmehr durch energiepolitische Faktoren. Man kann mit dem Wissen der energierelevanten Daten dieser Arbeit behaupten, dass das Streben der EU, Abhängigkeitsverhältnissen auf dem Energiesektor entgegenzuwirken, rational erscheint. Denn obwohl eine reziproke Abhängigkeit vorherrscht, haben Russlands Unterbrechungen von Energielieferungen Richtung Westen bewiesen, dass Energie bereits heute und vermutlich auch in Zukunft eben doch als Druckmittel für Eigeninteressen eingesetzt wird.

Und das Beispiel Russland führt zum dritten und auch entscheidenden Charakterzug des modifizierten Neorealismus: Der Relativierung des Sicherheitsdilemmas und damit einhergehend, die „variable“ Interpretation von Sicherheitsbedrohungen durch Akteure und daraus resultierende Möglichkeiten, abweichend vom traditionellen Realismus, Machtpolitik zu betreiben.

Bei der Relativierung des Sicherheitsdilemmas spielen die drei intervenierenden Variablen eine Schlüsselrolle. Um die Bedeutung der intervenierenden Variablen richtig einordnen zu

können, soll zunächst die Frage beantwortet werden, wie sich die Position der EU im Südkaukasus unter der Denkschule des traditionellen Neorealismus dargestellt hätte. Die Frage also, ob die EU ohne das Wirken der intervenierenden Variablen, eine ähnliche Einflusspolitik im Südkaukasus betrieben hätte. Diese Überlegung kann nur mit dem Resultat enden, dass die EU sich nicht in der Lage wieder wiedergefunden hätte, ihre Einflusspolitik im Südkaukasus in der Art und Weise zu betreiben, wie sie seit der Implementierung der ENP vorgeht. Dafür gibt es mehrere Gründe, die sich alle unter einer Problemstruktur des Sicherheitsdilemmas subsumieren lassen. Zunächst muss hier in Erinnerung gerufen werden, welche Rolle der Südkaukasus, zum einen für das russische Selbstverständnis, und zum anderen für die russische Sicherheitspolitik, bedeutet. Diese zwei Faktoren würden es für die EU nicht rational erscheinen lassen, eine eventuelle Konfrontation mit Russland einzugehen, da die EU nach dem Paradigma des Sicherheitsdilemmas und damit auch in *worst-case* - Szenarien denken würde. Es wird hier deutlich, dass der modifizierte neorealistische Ansatz gegenüber dem traditionellen neorealistischen Ansatz mehr Erklärungskraft besitzt. Der modifizierte neorealistische Ansatz ist in der Lage den *neorealistic turn* der EU-Nachbarschaftspolitik zu belegen.

Beim Verhältnis zwischen der EU und Russland konnte vor allem anhand der geographischen intervenierenden Variable aufgezeigt werden, warum es der EU bis heute möglich ist, vor den Grenzen Russlands Machtpolitik zu betreiben. Die gesellschaftliche und wirtschaftliche Verflechtung der Akteure ist so weit fort geschritten, dass die Sicherheitsbedrohung für die EU überschaubar ist und es so ein verhältnismäßig kleines Risiko darstellt, im Südkaukasus Machtpolitik zu betreiben.

Wie wird aber die Zukunft der europäischen Nachbarschaftspolitik aussehen? Da die EU als Energienettoimporteur auch weiterhin Engpässe in der Energieversorgung weitestgehend verhindern will, stellt sich die Frage, wie dies bewerkstelligt werden kann. Denn wenn die EU auf dem umkämpften Feld um Zugang zu Energieressourcen weiterhin ihre Energieversorgungssicherheit bewahren möchte, ist davon auszugehen, dass die EU verstärkt eine interessen- und machtorientierte Außenpolitik betreiben wird; im Mittelmeerraum als auch in Vorderasien.

Dass die in manchen MENA-Ländern fortlaufenden Transformationsprozesse des „Arabischen Frühlings“ Auswirkungen auf die Ausgestaltung der zukünftigen Nachbarschaftspolitik der EU haben werden, ist nicht ausgeschlossen, wenn nicht sogar wahrscheinlich. Wie aber eine zukünftige Anpassung aussehen wird, lässt sich nicht prognostizieren.

Zeitnaher wird wahrscheinlicher die Entwicklung der ENP über die Östliche Partnerschaft zu erkennen sein. Denn mit der Östlichen Partnerschaft und der weiteren Entwicklung des angespannten Verhältnisses zwischen der Ukraine und Russland einerseits und dem Verhältnis zwischen der EU und Russland andererseits wird sich endgültig zeigen, in welche Richtung sich die Nachbarschaftspolitik bewegen wird. Die Paradigmen der EU tendieren weit weniger Richtung einer normativen Außenpolitik, als vielmehr in das Denken alter Pfade realistischer Denkschulen.

6. Literaturverzeichnis

- Aghayev, Nasimi, 2009:** Euro-Atlantic Community and the South Caucasus: How to face Russia in the Region, in: Schäffer, Sebastian/Tolksdorf, Dominik (Hg.): The EU member states and the Eastern Neighbourhood – From composite to consistent EU foreign policy, in: CAP, 1, S. 6-13.
- Auswärtiges Amt, 2010:** Exportportfolio Norwegen. <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/Norwegen/Bilateral.html#t3> (letzter Zugriff: 10.6.2010).
- Baumann, Rainer/Rittberger, Volker/Wagner, Wolfgang, 1998:** Tübinger Arbeitspapiere zur internationalen Politik und Friedensforschung, Nr. 30. Macht und Machtpolitik: Neo-realistische Außenpolitiktheorie und Prognosen für die deutsche Außenpolitik nach der Vereinigung. <http://tobias-lib.uni-tuebingen.de/volltexte/2000/144/pdf/tap30.pdf> (letzter Zugriff: 26.9.2014).
- Brill Olcott, Martha, 2009:** Russia, Central Asia, and the Caspian: How Important is the Energy and Security Trade-off? <HTTP://WWW.BAKERINSTITUTE.ORG/PUBLICATIONS/EF-PUB-OLCOTTRUSSASIACASPEENERGYSECURITY-050609.PDF> (letzter Zugriff: 20.4.2012).
- British Petroleum, 2006:** Statistical review of World Energy. http://www.bp.com/liveassets/bp_internet/russia/bp_russia_english/STAGING/local_assets/downloads_pdfs/s/Stat_Rev_2006_eng.pdf (LETZTER ZUGRIFF: 21.4.2012).
- British Petroleum, 2012:** Durchlaufmenge BTC – Pipeline und SCP - Pipeline. <http://www.bp.com/sectiongenericarticle.do?categoryId=9006669&contentId=7015093> (letzter Zugriff: 14.6.2012).
- Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe, 2005:** Reserven, Ressourcen und Verfügbarkeit von Energierohstoffen 2005. http://www.bgr.bund.de/DE/THEMEN/ENERGIE/DOWNLOADS/ENERGIESTUDIE-KURZF-2005.PDF?__BLOB=PUBLICATIONFILE&v=2 (letzter Zugriff: 21.4.2012).
- Bundestag, 2006:** Kasachstan In Die ENP. http://www.bundestag.de/dokumente/analysen/2006/Europaeische_Nachbarschaftspolitik_ENP.pdf (letzter Zugriff: 20.4.2012).
- Buzan, Barry, 1993:** Rethinking System and Structure, in: Buzan, Barry/Jones, Charles/Little, John (Hg.). The Logic of Anarchy. Neorealism to Structural Realism, New York, S. 19-81.
- CIA World Factbook, 2004:** Iran GDP per Capita. <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/ir.html> (letzter Zugriff: 20.4.2012).
- Danish Institute for International Studies, o.D.:** José Manuel Barroso über Ian Manners „Normative Power Europe: a contradiction in terms“. <http://www.diis.dk/sw40417.asp> (letzter Zugriff: 20.4.2012).
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, 2008:** Fördermenge Tengizfeld. http://www.diw.de/deutsch/98_24_2/30661.html#Erdoelpipelines (letzter Zugriff: 20.4.2012).
- Edison, 2012:** Durchlaufmenge ITG – Pipeline. <https://www.energy->

- community.org/portal/page/portal/0633975A9DE17B9CE053C92FA8C06338 (letzter Zugriff: 21.8.2012).
- Energy Information Administration, 2002:** Caspian Sea Region: Natural Gas Export Options. <http://www.eia.doe.gov/emeu/cabs/caspgase.html> (letzter Zugriff: 20.6.2010).
- Gilpin, Robert, 1981:** War and Change in World Politics, Cambridge.
- Glaser, Charles L. 1995:** Realists as Optimists. Cooperation as Self-Help, in: International Security, 19 (3), S. 50-90.
- Götz, Roland, 2007a:** Der künftige Erdgasbedarf Europas, SWP - Diskussionspapier der Forschungsgruppe Russland/GUS, Berlin.
- Götz, Roland, 2007b:** Die russisch-zentralasiatische Energiegemeinschaft – eine Bedrohung für die europäische Energiesicherheit?, SWP - Diskussionspapier der Forschungsgruppe Russland/GUS, Berlin.
- Granmayeh, Ali, 2004:** Legal history of the Caspian Sea, in: Akiner, Shirin (Hg.): The Caspian: politics, energy and security, London.
- Jamestown Foundation, 2009.** Nabucco *Intergovernmental Agreement* signed in Ankara. [http://www.jamestown.org/single/?no_cache=1&tx_ttnews\[tt_news\]=35262](http://www.jamestown.org/single/?no_cache=1&tx_ttnews[tt_news]=35262) (letzter Zugriff: 20.4.2012).
- Halbach, Uwe, 2007:** Russland und Georgien: Konfrontation im Umfeld Europas, SWP-Aktuell 2007/A 32, Berlin.
- Herber, Rolf, 1998:** Seehandelsrecht. Systematische Darstellung, Berlin.
- IGI – Poseidon, 2012:** Durchlaufmenge ITGI - Pipeline. <http://www.igiposeidon.com/english/strategicvalue.asp> (letzter Zugriff: 21.8.2012).
- International Energy Agency, 2004:** World Energy Outlook 2004. <http://www.iea.org/weo/docs/weo2004/WEO2004.pdf> (letzter Zugriff: 21.4.2012).
- International Institute for Strategic Studies, 2004:** The Military Balance 2004/2005, Oxford.
- Klöpffer, Walter/Grahl, Birgit, 2009:** Ökobilanz (LCA), Weinheim.
- Lynch, Dov, 2006:** Die Europäische Nachbarschaftspolitik und die GASP: Ergänzung, Kohärenz, Duplizierung?, in: Koopmann, Martin/Lequesne, Christian (Hg.): Partner oder Beitrittskandidaten? Die Nachbarschaftspolitik der Europäischen Union auf dem Prüfstand, Baden-Baden, S. 145-160.
- Nabucco-Betreiberkonsortium, 2010:** EU Einstieg in Nabucco-Projekt. <http://www.nabucco-pipeline.com/project/project-phases-milestones/index.html> (letzter Zugriff: 10.6.2010).
- OECD, 2008:** FDI Russia and EU. <http://www.oecd.org/dataoecd/12/43/40578459.pdf> (letzter Zugriff: 20.4.2012).
- Piebalgs, Andris (Energy Commissioner), 2006:** Enhancing Energy Cooperation with Kazakhstan. <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/06/388&type=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en> (letzter Zugriff: 19.4.2012).
- Rynning, Sten/Pihlajaet Jensen, Christine, 2008:** The ENP and Transatlantic Relations, in: 49th Annual ISA Convention, San Francisco, CA, Paper for panel WC21, "European Neighbourhood Policy: Methodological, Theoretical, and Empirical Challenges".
- Schäffer, Sebastian/Tolksdorf, Dominik, 2009:** The Eastern Partnership – "ENP plus" for

- Europe's Eastern neighbors, in: CAP, 4, S. 1-4.
- Seliger, Andreas, 2006:** Entwicklung des weltweiten LNG-Angebots bis 2030 – eine modellgestützte Analyse, in: Zeitschrift für Energiewirtschaft, 30 (2), S. 91-101.
- Siedschlag, Alexander, 1997:** Neorealismus, Neoliberalismus und postinternationale Politik: Beispiel internationale Sicherheit – theoretische Bestandsaufnahme und Evaluation, Opladen.
- SIPRI Yearbook, 2009:** Armaments, Disarmament and International Security, Oxford.
- Stewart, Susan, 2009:** Russland und die Östliche Partnerschaft. SWP - Aktuell 21, Berlin.
- Tiede, Wolfgang/Schirmer, Jakob, 2009:** Die Östliche Partnerschaft der Europäischen Union im Rahmen des Gemeinschaftsrechts. In: Osteuropa-Recht (2), S. 184 – 191.
- Trans-Adriatic-Pipeline, 2012:** Durchlaufmenge TAP - Pipeline. http://www.trans-adriatic-pipeline.com/tap-project/concept-2_.html (letzter Zugriff: 21.8.2012).
- Transnafta, 2004:** Pan European Oil Pipeline. http://www.transnafta.rs/en/home/dev_projects/peop/ (letzter Zugriff: 20.4.2012).
- Tynan, Deirdre, 2009:** Turkmenistan: Berdymukhamedov Makes Nabucco Pledge, Moscow Takes Energy Hits, in: Eurasianet. <http://www.eurasianet.org/departments/insightb/articles/eav071309b.shtml> (letzter Zugriff: 20.4.2012).
- US Energy Administration, 2009:** Länderbericht Aserbaidschan. <http://www.eia.doe.gov/cabs/azerbaijan/pdf.pdf> (zugriff: 21.4.2012).
- Walt, Stephen M., 1987:** The Origins of Alliances, New York.
- Whitestream, 2012:** Durchlaufmenge. <http://white-stream.candc6.us/the-project/the-route/> (letzter Zugriff: 20.4.2012)
- Wissels, Rutger, 2006:** The development of the European Neighbourhood Policy, in: Deutsche Aussenpolitik.de, 6 (19), S. 7-16.
- Zimmermann, Andreas, 2000:** Staatennachfolge in völkerrechtliche Verträge. Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht, Heidelberg.

Quellen der Europäischen Union

- Europäische Kommission, 2000:** Energiegrünbuch. http://ec.europa.eu/energy/green-paper-energy-supply/doc/green_paper_energy_supply_de.pdf (letzter Zugriff: 19.4.2012).
- Europäische Kommission, 2003:** Wider Europe — Neighbourhood: A New Framework for Relations with our Eastern and Southern Neighbours, COM (2003) 104 final. http://www.google.de/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=1&ved=0CCkQFjAA&url=http%3A%2F%2Feeas.europa.eu%2Fenp%2Fpdf%2Fpdf%2Fcom03_104_en.pdf&ei=KAT_VNTmLsfUrixg3A&usg=AFQjCNEf3mlxeLNUkZfCRw74dA7kwOAdKg&sig2=16JR0HTWiqZMejrEIY45tA&bvm=bv.87611401,d.bGQ&cad=rja (letzter Zugriff: 8.10.2014).
- Europäische Kommission, 2004a:** ENP Strategy Paper, COM (2004) 373 final. http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/strategy/strategy_paper_en.pdf (letzter Zugriff: 19.4.2012).

- Europäische Kommission, 2004b:** Russia WTO.
http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2004/may/tradoc_117299.pdf (letzter Zugriff: 20.4.2012).
- Europäische Kommission, 2006a:** Grünbuch: eine europäische Strategie für nachhaltige, wettbewerbsfähige und sichere Energie, KOM (2006) 105 endgültig.
http://europa.eu/documents/comm/green_papers/pdf/com2006_105_de.pdf (letzter Zugriff: 18.4.2012).
- Europäische Kommission, 2006b:** Bakuinitiative.
http://ec.europa.eu/dgs/energy_transport/international/regional/caspian/energy_en.htm (letzter Zugriff: 19.4.2012).
- Europäische Kommission, 2006c:** MoU EU-Kazakhstan.
http://ec.europa.eu/energy/international/international_cooperation/doc/mou_kazakshtan_en.pdf (letzter Zugriff: 20.4.2012).
- Europäische Kommission, 2006d:** LNG Maghreb.
http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/sec06_1510_de.pdf (letzter Zugriff: 20.4.2012).
- Europäische Kommission, 2006e:** Green Paper. A European Strategy for Sustainable, Competitive and Secure Energy, COM (2006) 105 final.
http://europa.eu/documents/comm/green_papers/pdf/com2006_105_en.pdf (letzter Zugriff: 20.4.2012).
- Europäische Kommission, 2007:** Eine Energiepolitik für Europa: Mitteilung der Kommission an den Europäischen Rat und das Europäische Parlament, KOM (2007) 1 endgültig.
http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2004_2009/documents/com/com_com%282007%290001_/com_com%282007%290001_de.pdf (letzter Zugriff: 18.4.2012).
- Europäische Kommission, 2008a:** Second Strategic Energy Review, COM (2008) 781 final.
<http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/08/st15/st15944.en08.pdf> (letzter Zugriff: 18.4.2012).
- Europäische Kommission, 2008b:** MoU EU-Turkmenistan.
http://ec.europa.eu/energy/international/international_cooperation/doc/mou_turkmenistan.pdf (letzter Zugriff: 19.4.2012).
- Europäische Kommission, 2008c:** Die Östliche Partnerschaft. <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2008:0823:FIN:DE:PDF> (letzter Zugriff: 19.4.2012).
- Europäische Kommission, 2009:** Energiedialog EU-Russland, 2009.
http://ec.europa.eu/energy/international/bilateral_cooperation/russia/doc/reports/progress10en.pdf (letzter Zugriff: 20.6.2010).
- Europäische Kommission, 2010a:** EU-Russland: Zahlen und Fakten, 2010.
http://www.delrus.ec.europa.eu/en/p_574.htm (letzter Zugriff: 1.6.2010).
- Europäische Kommission, 2010b:** Statistical Pocketbook, 2010.
http://ec.europa.eu/energy/publications/doc/statistics/part_2_energy_pocket_book_2010.pdf (letzter Zugriff: 18.4.2012).
- Europäische Kommission, 2010c:** Subvention Nabucco.
<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/231&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en> (letzter Zugriff: 19.4.2012).

- Europäische Kommission, 2010d:** MoU EU-Irak.
http://ec.europa.eu/energy/international/bilateral_cooperation/doc/iraq/2010_01_18_iraq_mou_en.pdf (letzter Zugriff: 20.4.2012).
- Europäische Kommission, 2012a:** Handelsbilanzen EU-Russland.
http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2006/september/tradoc_113440.pdf (letzter Zugriff: 18.4.2012).
- Europäische Kommission, 2012b:** EU Handel mit Aserbaidshan 2008.
http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2006/september/tradoc_113347.pdf (letzter Zugriff: 18.4.2012).
- Europäische Kommission, 2012c:** Common Economic Space EU-Russland.
<http://ec.europa.eu/trade/creating-opportunities/bilateral-relations/countries/russia/> (letzter Zugriff: 20.4.2012).
- Europäische Kommission, 2012d:** Handel EU-Russland.
http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2006/september/tradoc_113440.pdf (letzter Zugriff: 20.4.2012).
- Europäische Kommission, 2012e:** Handel EU-Turkmenistan.
http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2006/september/tradoc_113457.pdf (letzter Zugriff: 18.4.2012).
- Europäische Kommission, n.d.:** Energie und seine Beziehungen zu Russland Investitionsbedarf Russlands in seine Energieinfrastruktur.
http://ec.europa.eu/energy/international/bilateral_cooperation/russia/russia_en.htm (letzter Zugriff: 2.5.2012).
- Europäischer Rat, 7880/1/09, 2009a:** Südlicher Gaskorridor.
http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/106824.pdf (letzter Zugriff: 21.4.2012).
- Europäischer Rat, 8435/09b, 2009b:** Östliche Partnerschaft.
http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressdata/en/er/107589.pdf (letzter Zugriff: 15.5.2012).
- Europäisches Parlament, 2005:** Energiepolitik als Grundpfeiler der ENP.
http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=REPORT&reference=A6-2005-0399&format=XML&language=DE#_part1_def1 (letzter Zugriff: 19.4.2012).
- Europäisches Parlament, 2007:** Kasachstan Aufnahme in ENP.
<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&reference=P6-TA-2007-0538&language=DE> (letzter Zugriff: 19.4.2012).
- Europäische Sicherheitsstrategie, 2003:** Ein sicheres Europa in einer besseren Welt, Brüssel.
- Eurostat Energy Yearly statistics, 2007:** Zahlen der Tabellen 3 und 4.
http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_OFFPUB/KS-PC-09-001/EN/KS-PC-09-001-EN.PDF (letzter Zugriff: 19.4.2012).
- Eurostat Jahrbuch, 2009:** Zahlen der Tabelle 5.
http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_OFFPUB/KS-CD-09-001/DE/KS-CD-09-001-DE.PDF (letzter Zugriff: 19.4.2012).

Tübinger Arbeitspapiere zur Integrationsforschung (TAIF)

- Nr. 1 Abels, Gabriele, 2009: Citizens' deliberations and the EU democratic deficit: Is there a model for participatory democracy?
- Nr. 2 Kalata, Jesse, 2009: Europeanizing the Bundeswehr? An Europeanization analysis of „misfit“ between the EU's Security and Defense Policy and German military policy.
- Nr. 3 Schimmang, Beatrice, 2009: Die Erfolgchancen einer europäischen auswärtigen Diplomatie als Beitrag zu einer kohärenten Außen- und Sicherheitspolitik der EU.
- Nr. 4 Klink, Dennis, 2010: Steuerung in der EU-Entwicklungszusammenarbeit mit Kolumbien. Das Beispiel Segundo Laboratorio de Paz.
- Nr. 5 Wilde, Gabriele, 2010: Am Ende des europäischen Verfassungsprozesses: Mehr Demokratie, Partizipation und Legitimation durch den Reformvertrag?
- Nr. 6 Träsch, Jennifer, 2011: Lebensmittelregulierung zwischen Pfadabhängigkeit und Europäisierung. Die ungarische Lebensmittelsicherheitsagentur MÉBiH vor europäischem Hintergrund.
- Nr. 7 Eisele, Celia, 2012: Europa im parlamentarischen Alltag. Die Europäisierung der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen.
- Nr. 8 Abels, Gabriele/Oesterle, Frieder, 2014: Von Krokodilen, Hebammen und großen Männern – Spinellis Erben und ihr Plädoyer für ein föderalistisches und post-nationales Europa.
- Nr. 9 Abels, Gabriele/Mushaben, Joyce M. 2014: „Dieses Mal ist es anders“ – oder doch nicht? Eine genderpolitische Analyse der Europawahl 2014 und ihrer Folgen.
- Nr. 10 Baur, Benjamin J., 2015: Die Energieinteressen der EU im Südkaukasus und die Rolle der Europäischen Nachbarschaftspolitik.